Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 291. Donnerstag, den 12. Dezember 1912. 19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Albanien.

II. (Schluß.)

Die nationale Bewegung.

Während im nordalbanischen Hochland die Gentil- und Stammesverfassung ungebrochen blieb, ist der Süden Albaniens, sind auch im Norden Skutari und die Marschen an der Adria längst der türkischen Herrschaft unterworfen. Dort walten die türkischen Behörden und gelten die türkischen Gesetze. Diese Teile Albaniens haben eine weit höher entwickelte Landwirtschaft. Ueber den Bauern sitzen arnautische Feudalherren und städtisches Bürgertum. Hier setzte in den letzten Jahren eine nationale Bewegung ein, die von der Revolte der Bergstämme sehr verschieden ist.

Auch die Albanier waren bisher eine geschichtslose Nation. Sie hatten keine Literatur, keine Schriftsprache, nicht einmal ein Alphabet, ihre Sprache zu schreiben. Die mohammedanischen Albanier, die als Beamte oder Offiziere dem Sultan dienten, gebrauchten die türkische Sprache. Die griechisch-orthodoxen Albanier im Süden bedienten sich in der Kirche und in der Schule der griechischen Sprache; sie galten als „albanophone Griechen“. Die katholischen Albanier standen seit den Zeiten der Herrschaft Venedigs unter italienischem Einfluß; sie bedienten sich, wo sie zu höherer Bildung aufstiegen, in Wort und Schrift der italienischen Sprache.

Wohl hatten schon seit den 70er Jahren englische Missionsgesellschaften einige Teile der Bibel in die albanische Sprache übersetzen und drucken lassen. Aber jede dieser Uebersetzungen wurde in einer andern Mundart geschrieben, bald in der toskischen Mundart des Südens, bald in dem von ihr sehr verschiedenen ghegischen Dialekt des Nordens. Noch gibt es ja keine einheitliche Schriftsprache für die Albanier. Und nicht nur die Sprache war verschieden. Die einen schrieben die albanische Sprache mit lateinischen, die andern mit griechischen, wieder andere mit arabischen Schriftzeichen. So konnte man wohl spotten, Albanien habe „mehr Alphabete als Alphabeten“, mehr Schriftarten als des Schreibens Kundige.

Und wie die Albanier keine Schriftsprache hatten, so auch kein selbständiges politisches Leben: die Mohammedaner standen unter türkischem, die Orthodoxen unter griechischem, die Katholiken unter österreichischem oder italienischem Einfluß. Eine einheitliche und selbständige albanische Politik gab es nicht.

Erst die türkische Revolution brachte die Albanier in Bewegung. Im November 1908 tagte ein nationaler Kongreß in Monastir, der den Streit um die Schriftsprache schlichtete. Er beschloß, daß sich fortan alle Albanier — nicht nur die Katholiken, sondern auch die Orthodoxen und die Mohammedaner — der lateinischen Schriftzeichen bedienen sollten, und setzte die Rechtschreibung fest. Seine Beschlüsse wurden 1909 von dem nationalen Kongreß in Elbasan bestätigt. Auf dieser Grundlage wurde nun das nationale Programm Albaniens formuliert: die Feudalherren des Südens und die Bürger der Städte forderten albanische Schulen, albanische Beamte und Richter, schließlich als letztes Ziel die Autonomie Albaniens. In ihrem Munde bedeutet die Autonomie Albaniens etwas anderes als in der Malzia: nicht den Partikularismus der Stämme, sondern die Vereinigung des ganzen Landes in einem sich selbst regierenden Gemeinwesen.

Diese nationalpolitische Bewegung wurde getragen von nationalen Klubs, von denen der Baschkimklub in Monastir der bedeutendste war. Sie wurde vertreten von albanischen Zeitungen. Waren früher nur im Ausland, in Brüssel, Athen, Neapel, Sofia, albanische Zeitungen herausgegeben worden, so entstanden nach der türkischen Revolution in Saloniki, Monastir, Janina und Korcha sieben albanische Zeitungen. Auch in der türkischen Kammer war die nationale albanische Partei vertreten. So entstand hier eine moderne nationale Bewegung. 30 Jahre später als in Mazedonien setzte der Prozeß des Erwachens der geschichtslosen Nationen in Albanien ein.

Während in Mazedonien die nationalen Gegensätze zugleich religiöse Gegensätze waren und sind, vereinigt die moderne nationale Bewegung Albaniens Mohammedaner, Griechisch-Orthodoxe und Katholiken zu gemeinsamem Kampf. Das nationale Band ist hier stärker als das religiöse. Die religiöse Spaltung hat in Albanien nie das Bewußtsein der nationalen Einheit zerstören können. Dies ist aus der albanischen Stammesverfassung zu erklären. So gehören zum Beispiel die mohammedanischen Krajsnic und die katholischen Nikaj zu einer Gens; sie sehen einander als blutsverwandt an. Sie bewahrten sich sich daher das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit, obwohl sie konfessionell geschieden sind. Waren die albanischen Sippen gewohnt, einander als blutsverwandt anzusehen, auch wo sie konfessionell gespalten waren, so können sie jetzt um so leichter das Bewußtsein der Einheit der ganzen Nation, trotz ihrer Scheidung in drei Religionsgemeinschaften, erwerben. Das Bewußtsein der modernen nationalen Einheit erwächst hier aus der Festigkeit der alten Gentes. Es ist um so stärker, da die albanische Sprache mit den Sprachen der andern Balkanvölker — der Türken, der Slawen, der Griechen — nicht verwandt ist.

Die nationale Bewegung Albaniens ist vorerst noch schwach. Sie kann sich ja nur auf die noch sehr schwache Schicht der Gebildeten, des Lesens Kundigen im Lande stützen, also auf die Bürger der Städte, die Feudalherren des Südens, die Geistlichen auf dem Lande. Aber sie wurde zur Macht, da es ihr gelang, sich mit den kriegerischen Stämmen des Nordens zu verbünden. Zwar wissen die Schafhirten der Malzia nichts von dem Streit um Schriftzeichen und Schulen. Den wilden Bergstämmen, von denen jeder in wilder Blutfehde mit den Nachbarn lebt, fehlt das Bewußtsein der nationalen Einheit. Aber der nationalen Partei des Südens gelang es, die Bajraktare des Nordens für ihre Forderungen zu gewinnen. Als die Malzia gegen die Jungtürken rebellierte, forderten die Bajraktare nicht nur Rückgabe der Waffen, Entfernung der türkischen Truppen, Freiheit von Steuern und Stellungspflicht, sondern auch die Anerkennung des albanischen Alphabets, albanische Schulen, Autonomie Albaniens! Die kriegerische Kraft der barbarischen Bergstämme wurde so zur Stütze der nationalen Bewegung der Intelligenz. Dadurch wurde die nationale Bewegung Albaniens zur drohenden Macht.

Desto erbitterter wurde der Widerstand der Jungtürken: die nationale Bewegung erschien ja nunmehr als der Verbündete der rebellischen Malzia. Als die türkische Regierung die wilden Bergstämme des Nordens zu unterjochen versuchte, suchte sie auch die nationale Partei des Südens zu erdrücken. Sie löste die nationalen Klubs auf und verbot die albanischen Zeitungen. Sie verbot den Gebrauch der lateinischen Schriftzeichen und ordnete an, daß die albanische Sprache nur mit arabischen Schriftzeichen geschrieben werden dürfe, und daß an den albanischen Schulen die türkische Sprache gelehrt werden müsse. Dadurch forderte die türkische Regierung den Widerstand der nationalen Partei heraus. Das Bündnis zwischen der nationalen Einheitsbewegung der Intelligenz und dem Stammespartikularismus der Bergstämme wurde fester gekittet.

Das Bündnis wird nicht dauern. Wird Albanien eine autonome Provinz oder ein selbständiger Staat, dann wird der Kampf zwischen der liberalen Bewegung der albanischen Intelligenz und der reaktionären Bewegung der Bergstämme sofort entbrennen. Die liberale Bewegung des Südens will die Verwandlung Albaniens in einen modernen bürgerlichen Nationalstaat mit einheitlicher Gesetzgebung, einheitlicher Verwaltung, einheitlichem Heere; die reaktionäre Bewegung des Nordens will die Selbständigkeit der Gentes und Bajraks der Malzia, das alte barbarische Gewohnheitsrecht der Blutrache und Stammesfehde, die Freiheit von Steuern und Heereslasten. Ein albanischer Staat, dessen Hälfte sich keinem Gesetz unterwerfen, keine Steuern zahlen, keine Rekruten stellen wollte, wäre nicht lebensfähig. Die liberale Intelligenz würde also in einem autonomen Albanien die Bergstämme niederwerfen müssen, wie die jungtürkische Regierung sie niederwerfen wollte.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter.

Die Debatte über die fortschrittliche Interpellation ist gestern zu Ende geführt worden, ohne daß ein Beschluß des Reichstages über die Haltung der Regierung herbeigeführt worden wäre. Die Interpellanten selber, die von der Regierung Auskunft über die Beeinträchtigung des Koalitionsrechts verlangten, hatten keinen Wert darauf gelegt, einen Antrag einzubringen, dessen Schicksal auch sehr zweifelhaft gewesen wäre. Das Zentrum ist seinen eignen bayerischen Methoden treu, wenn es zusammen mit der Rechten die Unterdrückung der Koalitions- und Vereinsfreiheit durch die Regierung ausdrücklich billigt und preist. Und die Nationalliberalen haben gerade gestern durch ihren Redner erkennen lassen, daß sie für Fußtritte noch immer nicht die einzig richtige Quittung erteilen können.

Herr Ickler, der als erster über diese Frage sprach, ist nationalliberaler Abgeordneter und Vorsitzender des allerkönigstreuesten Staatsarbeiterkartells. Wenn man ihn hörte, konnte man schwer verstehen, wie die Militärbehörde einen so zahmen und allzuartigen Verband mißhandeln konnte. Und das ist allerdings geschehen, da entgegen den ihm gemachten Zusagen der Militärarbeiterverband drangsaliert worden ist. Herr Ickler fand das Vorgehen allenfalls „befremdend“, und vergoß eine Anzahl Tränen, aber das war alles, — wenn nicht die ungeschickten Angriffe gegen unsere Fraktion mitgerechnet werden sollen.

Das war aber dem Konservativen v. Winterfeldt und dem Reichsparteiler Hegenscheidt noch zu scharf, während der Pole Dombeck für ein völlig freies Koalitions- und Streikrecht eintrat. Was der Generalmajor Wandel zur nachträglichen Verteidigung der Maßnahmen der Militärbehörde an Tatsachen vorbrachte, war einfach hahnebüchen naiv, und man kann sich wirklich wundern, daß diejenigen, die doch vom Kasernenhofton etwas wissen, plötzlich so zartfühlend geworden sind. Ganz widerwärtig war das Vorgehen des „Christen“ Behrens, dem keine Gelegenheit schlecht genug ist, statt die Würger des Koalitionsrechts anzugreifen, gegen die freien Gewerkschaften zu hetzen. Die Lektion, die ihm deswegen der Fortschrittler Weinhausen erteilte, war wohlverdient, mag Herr Behrens noch so zahlreiche persönliche Bemerkungen machen. Herr Weinhausen sagte überhaupt manches Gute in klaren und präzisen Ausführungen, denen leider die nötige Schlußfolgerung des Mißtrauens gegen die Regierung folgen zu lassen, er unterließ.

Genosse Böhle faßte das Ergebnis der umfassenden Debatte zusammen. Er untersuchte die Argumente der Heeresverwaltung — soweit von Argumenten die Rede ist — und gab ihnen das Zeugnis, das sie verdienen. In sehr scharfen Worten rechnete er mit der zur Uebung gewordenen Gesinnungsschnüffelei ab und lehnte mit wirksamer Energie die unerhörten juristischen Deduktionen des Staatssekretärs des Innern ab.

Sehr vergeblich bemühte sich der Zentrümler Schwarz in dem Hause, das den größten Teil seiner Ausführungen mit Heiterkeit begleitete, die ihm nötig erscheinende ernsthafte Aufmerksamkeit zu wecken.

Heute steht die Interpellation über den Wagenmangel auf der Tagesordnung. Man rechnet damit, daß der Reichstag noch heute Abend in die Ferien geht.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhause.

In der Mittwochsitzung des Dreiklassenhauses gab der Handelsminister Sydow die vor längerer Zeit angekündigten Erklärungen über die Verweigerung der Schiffahrtskonzession an eine Emdener Gesellschaft ab. Er teilte mit, daß die Verweigerung der Konzessionierung der Deutschen Reederei-Gesellschaft, hinter der die Fürsten Hohenlohe, Fürstenberg und Henckel-Donnersmarck stehen, wegen der sehr fraglichen Rentabilität der geplanten Auswanderer-Linie sowie wegen der Konkurrenz verweigert worden sei, die diese Linie der Hamburg-Amerika-Linie und dem Norddeutschen Lloyd machen würde. Als Gegenleistung haben diese beiden Gesellschaften sich verpflichtet, von 1914 an alle vierzehn Tage einen Dampfer nach Neuyork und alle vier Wochen Dampfer nach Ostafrika, Südamerika und Australien in Emden halten zu lassen.

Dann wurde in die Beratung des Schleppmonopolgesetzes fortgefahren. Genosse Leinert begründete Anträge, die die Schleppgebühren so niedrig begrenzen wollten, daß durch sie nur die Betriebs- und Unterhaltungskosten der Kanäle gedeckt werden; weiter einen Antrag, wonach Nahrungsmittel stets zu den billigsten Tarifsätzen befördert werden müssen und endlich einen Antrag, der Entschädigung der durch die Einführung oder Vorbereitung des Monopols geschädigten Arbeiter und Angestellten der Privat-Schlepperei vorsieht. Alle diese Anträge wurden abgelehnt, zum Teil gegen die Stimmen der Sozialdemokraten allein, zum Teil auch gegen die der Fortschrittler. Der Appell des Genossen Leinert, daß doch hier wieder eine Gelegenheit sei, einer Verteuerung von Lebensmitteln von vornherein zu steuern, blieb natürlich in diesem Hause unbeachtet.

Den Rest der Sitzung füllten Anträge aus. Ein nationalliberaler Antrag auf einheitliche Regelung der Schulpflicht und der Folgen der Schulversäumnisse wurde angenommen. Genosse Borchardt stellte fest, daß der Antragsteller Gottschalk zwar diese Dinge einheitlich regeln, aber — echt nationalliberal — provinzielle Sonderheiten aufrechterhalten wolle.

Nachtragsetat in der Budgetkommission des Reichstags.

Zur Beratung von Nachtragsetats trat die Budgetkommission des Reichstags am Dienstag zu einer Sitzung zusammen. Für Mannschaftsbauten auf der Insel Borkum wurde eine Summe bewilligt. Die Nachtragsforderungen für Neu-Kamerun wurden zurückgesetzt, um der Kolonialverwaltung Gelegenheit zu geben, alles

zur Information notwendige Material herbeizuschaffen. Für Kiautschou fordert die Regierung zu den im Frühjahr bewilligten 650 000 Mark 800 000 Mark hinzu, um die Erhöhung der Besatzungstruppen um 500 Mann auch in Zukunft aufrechterhalten zu können. Nach den Erklärungen der Regierung im Frühjahr sollte die stärkere Besatzung nur für das laufende Jahr gelten; jetzt aber erklärt die Regierung, daß auf absehbare Zeit an eine Verminderung der Truppe nicht zu denken sei. — Staatssekretär v. Tirpitz und der Unterstaatssekretär Zimmermann wetteiferten darin miteinander, die Situation in Ostasien recht schwarz zu malen. Auch das Prestige Deutschlands erfordere, daß die Truppen nicht vermindert werden. — Herr Paasche, der im Sommer in Ostasien war, trat mit dem üblichen nationalliberalen Bewilligungseifer für die Regierungsforderung ein. Im Städtekomplex Hankau sei der große Handel hauptsächlich in deutschen Händen, aber es seien dort nur 54 deutsche Soldaten stationiert. — Die Abgg. Noske und Ledebour bekämpften lebhaft die Neuforderung. Die heutigen Darlegungen der Regierung ständen in krassem Widerspruch zu dem, was im Frühjahr in der Kommission gesagt worden ist. Wenn Deutschland in alle fremden Länder, in denen möglicherweise einmal deutsche Interessen gefährdet werden könnten, Truppen senden wollte, müßten gewaltige Aufwendungen gemacht werden. Nicht ein Beweis sei dafür erbracht worden, daß die Situation in China sich verschärft habe oder schlimmer zu werden drohe. — Die Sozialdemokraten lehnten die Forderung ab. Für die Bewilligung traten die Redner aller bürgerlichen Parteien ein; das Zentrum beantragte jedoch, die Summe für die Truppenvermehrungen als einmalige Ausgaben in den Etat einzustellen, nicht unter fortdauernde Ausgaben, um die Möglichkeit zu haben, gelegentlich leichter zur Ablehnung gelangen zu können. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des polnischen Mitgliedes wurde die Forderung bewilligt; einstimmig beschloß die Kommission, die geforderte Summe unter die einmaligen Ausgaben zu stellen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion

bestimmte Mittwoch die Etatsredner. Es werden sprechen: Zum Auswärtigen Amt: Scheidemann und Bernstein; Etat des Reichskanzlers: Gradnauer und Hüttmann; Militäretat: Schöpflin, Stücklen, Liebknecht; Marineetat: Vogtherr; Kolonialetat: Noske, Dittmann, Herzfeld, Henke, Weill; Reichspost: Ebert, Wendel, Zubeil; Justiz: Heine, Landsberg, Cohn; Eisenbahnamt: Ulrich, Stolle, Hasenzahl, Baudert; Reichseisenbahnen: Fuchs, Peirotes; Reichsschatzamt: Emmel, Noske, Stolle; Reichsamt des Innern: Fischer, Quarck und Hoch.

Aus der Wahlprüfungskommission.

Die Prüfung der Wahl des Reichsverbändlers Dr. Becker-Sprendlingen hat die Wahlprüfungskommission vor ein recht interessantes Problem gestellt. Bei dieser Wahl sind eine Menge Verstöße vorgekommen, die umsomehr ins Gewicht fallen mußten, als der Reichsverbändler mit einer Mehrheit von nur zwei Stimmen gewählt wurde. Es erhielten nämlich in der Stichwahl Dr. Becker 12 012 Stimmen und der Pfarrer Korell 12 010 Stimmen. Die Prüfung der Wahl ergab eine Menge teils sehr gröblicher Verstöße. Die in Frage kommenden Stimmen wurden dem Dr. Becker abgezogen und damit war seine Mehrheit längst gefallen. Nun hatten die Fortschrittler in Sprendlingen, dem Wohnort Beckers, noch einen Wahlprotest eingereicht. Dieser Protest rügte, daß der Wahlvorsteher und der Protokollführer gleichzeitig das Wahllokal verlassen hatten. Das ist absolut unzulässig, einer von diesen beiden Funktionären muß stets anwesend sein. Eine weitere Beschwerde ging dahin, daß die Auszählung der Stimmen nicht ordnungsgemäß erfolgte. Die Beweisaufnahme ergab die Richtigkeit der fortschrittlichen Behauptungen. Was ergab sich aber daraus? In Sprendlingen erhielten Pfarrer Korell 382, Dr. Becker 139 Stimmen, zersplittert waren drei Stimmen. Nach der konstanten Praxis der Wahlprüfungskommission müßte nur der Wahlakt in Sprendlingen für ungültig erklärt werden. Sobald aber Pfarrer Korell 382 Stimmen abgezogen bekommt, dann hat Becker, zu dessen Gunsten Wahlverstöße vorgenommen worden sind, wieder eine Mehrheit!

Dieses Verfahren hat entschieden seine Mängel, denn in Wirklichkeit hat es jeder Wahlvorsteher in der Hand, einen Wahlakt ungültig zu machen; es ist dazu nichts weiter nötig, als daß er sich auf einige Zeit mit dem Protokollführer aus dem Wahllokal entfernt.

Die Entscheidung in dieser Sache wird erst nach den Weihnachtsferien erfolgen.

Konservative Wünsche und Schmerzen.

Herr v. Heydebrand und der Lasa ließ sich in der Generalversammlung des Konservativen Landesvereins Sachsens auch über die Stellung der Konservativen im Reichstag zu den Nationalliberalen und dem Zentrum aus. Er sei weit entfernt, gegen die Nationalliberalen als Ganzes etwas sagen zu wollen. Sie seien eine Notwendigkeit für Deutschland. Wenn sie es aber unternehmen, anstatt den Kampf nach links, diesen nach rechts zu führen, dann kann man nicht zu einem gedeihlichen Zusammenwirken kommen. Wenn es zu letzterem nicht kommen sollte, sehe es trübe in der Zukunft aus. Ueber das Zentrum sagte der Redner, daß die konservative Partei niemals dafür zu haben sein würde, in eine Aufhebung oder Abschwächung des Jesuitengesetzes einzuwilligen, so unangenehm das den konservativen Interessen und Wünschen auch sein könnte. Hinsichtlich des preußischen Wahlrechts mache sich eine Bewegung geltend, die darauf hinausgehe, es zu ändern. Bei den Konservativen bestehe dazu keine Neigung nach den Erfahrungen, die andere Einzelstaaten damit gemacht haben. (Heiterkeit. Der Redner meint natürlich Sachsen!) Man tue gut, sich vorher alle Möglichkeiten zu vergegenwärtigen, die entstehen könnten.

Vorher hatte der Vorsitzende des konservativen Landesvereins, Dr. Mehnert, all' die konservativen Beklemmungen über die Entwicklung der Dinge in Sachsen zum Besten gegeben und insbesondere die Industriefreundlichkeit der Konservativen und ihre Bereitwilligkeit zur Verstärkung des Arbeitswilligenschutzes bekundet. Es seien in letzter Zeit geradezu grauenhafte Fälle von Terrorismus (!?) zu verzeichnen gewesen. Die Axt müsse an die Wurzel gelegt werden. (Fort mit dem Koalitionsrecht! D. Red.) Die Verschlechterungen, welche die Deputation der Ersten Kammer am Gemeindesteuergesetz vorgenommen hat, wird als Arbeit für den Mittelstand hingestellt.

Zum Schluß der Tagung sprach der Führer der konservativen Landtagsfraktion, Opitz, über die Volksschule. Die Lehrer seien von den pädagogischen auf das soziale und politische Gebiet übergetreten, und zwar im Sinne des Radikalismus. Die linksliberalen Parteien hätten sich der Lehrerschaft bemächtigt. Trotzdem gibt er die Hoffnung auf ein reaktionäres Schulgesetz nicht auf. Er rechnet offenbar auf den Umfall der Nationalliberalen. Nach der Annahme einer Resolution, welche die reaktionären Wünsche der Konservativen enthält, wurde die Versammlung geschlossen.

Zur Nachwahl in Stolp-Lauenburg.

Der Termin für die durch den Tod des konservativen Abgeordneten Wille notwendig gewordene Reichstagsersatzwahl ist auf dem 23. Dezember festgesetzt worden. Der Hansabund will bei der Regierung dahin wirken, daß dieser Wahltermin, der namentlich für die Kaufleute sehr ungünstig ist, eine Hinausschiebung erfährt; auf einen Erfolg dieser Bestrebungen wird allerdings der Hansabund selbst kaum zu rechnen wagen, denn je weiter der Wahltermin hinausgeschoben wird, desto kritischer wird die Situation für die Konservativen. Die Fortschrittler haben den Direktor Peter Schwuchow-Steglitz als Kandidaten aufgestellt. Herr Schwuchow war noch vor einigen Jahren einer der skrupellosesten Schleifsteindreher der Scharfmacher, der sich in seiner Feindschaft gegen die Arbeiterklasse von den Konservativen wohl nicht sonderlich abhob. Seit einigen Jahren ist Herr Schwuchow Direktor eines wirtschaftlichen Verbandes und ist mit seinen Scharfmacherallüren nicht mehr so oft an die Oeffentlichkeit getreten. Die Fortschrittler rechnen natürlich für den Fall, daß es ihnen gelingen sollte, eine Stichwahl herbeizuführen, auf die sozialdemokratische Hilfe. Sie werden sich aber bei ruhigem Nachdenken selbst sagen müssen, daß es Arbeitern außerordentlich schwer ist, ihre Stimme einem rücksichtslosen Scharfmacher zu geben. Die rasche Ansetzung des Wahltermins und der ungünstige Zeitpunkt, den man für die Vornahme der Ersatzwahl gewählt hat, lassen es allerdings zweifelhaft erscheinen, ob es gelingt, die Konservativen in die Stichwahl zu drängen.

Die Kandidaten zur Ersatzwahl im Wahlkreise Stolp-Lauenburg.

Die hier in Frage kommenden Parteien haben ihre Kandidaten aufgestellt. Es kandidieren wieder: Genosse Sickfeld, Gewerkschaftsbeamter in Danzig, für die Sozialdemokratie und Direktor Schwuchow-Steglitz für die Fortschrittliche Volkspartei. Die Konservativen stellen den prakt. Arzt Dr. Bosek aus Stolp auf. — Ueber die so frühe Anberaumung des Wahltermins herrscht fast überall berechtigter Unwille. Die Liberalen, die sich große Hoffnungen machen, mit unserer Hilfe diesmal den Kreis den Konservativen entreißen zu können, fordern in einer Resolution, beschlossen auf dem am Sonntag abgehaltenen Pommerschen Hansabundtag, den Minister auf, den Termin auf einen späteren Zeitpunkt zu verlegen.

Einen Kriegspump

hat die österreichische Regierung in Amerika angelegt. Durch Vermittlung der österreich-ungarischen Post-Sparkassen sind 4½prozentige Schatzscheine im Nennwert von 125 Millionen Kronen an ein amerikanisches Bankkonsortium gegeben worden. Diese Schatzscheine sollen in 1½—2 Jahren rückzahlbar sein.

Der Wahlrechtsraub in Reuß j. L.

Im Landtage wurden am Mittwoch die Beratungen über die Wahlrechtsvorlage zu Ende geführt. Die Vorlage wurde einer neungliedrigen Kommission überwiesen, ebenso die Petitionen zur Wahlrechtsvorlage. Der Landtag wurde dann vertagt.

Aus dem sächsischen Landtage.

In der Ersten Kammer wurde das Gemeindesteuergesetz in der Hauptsache nach den Beschlüssen ihrer Deputation, die noch einige Verschlechterungen gegenüber der Regierungsvorlage bedeuten, angenommen. Sämtliche Verbesserungen, die in der Zweiten Kammer durch die liberal-sozialdemokratische Mehrheit in das Gesetz hineingebracht worden waren, wurden abgelehnt. So wurden u. a. wieder hergestellt: Die indirekten Steuern (Kohlensteuer, Biersteuer usw.), die Umsatzsteuer nach dem Chemnitzer Muster (10 Proz. als Reingewinn, wenn buchmäßig kein Gewinn nachzuweisen), die rohe Umsatzsteuer (bis 2 Proz. des Umsatzes als Steuer). Dagegen jammerten die Herren über die im Regierungsentwurf enthaltenen „Härten" bei der Erhebung der Grundsteuer; insbesondere die Steuer nach dem gemeinen Wert, die den Grund- und Bodenwucher etwas eindämmen soll, erregte den Unwillen der „erstklassigen Gesetzgeber". Diese Tätigkeit der Ersten Kammer zeigt wieder, wie recht die sozialdemokratische Fraktion mit ihren Anträgen auf deren Beseitigung hatte.

Die sächsische Erste Kammer

nahm das Schulgesetz mit starken Abänderungen der Beschlüsse der Zweiten Kammer einstimmig an. Die Abänderungen beziehen sich hauptsächlich auf Religionsunterricht und Schulgeldfreiheit; letztere soll nur fakultativ sein. Fortbildungsunterricht für Mädchen soll eingeführt werden.

Der Kampf um die Ostmarkenzulage.

Vom 1. Januar 1913 ab gelangt die Ostmarkenzulage an die in den Provinzen Posen und Westpreußen stationierten Reichsbeamten nicht mehr zur Auszahlung. Etwa 800 Reichsbeamte aus den beiden Provinzen hatten sich am Sonntag in Posen zu einer Versammlung zusammengefunden, in der sie gegen das Aufhören der Zulagen Protest erhoben. Vertreter der Konservativen, der Nationalliberalen und der Fortschrittler erklärten, dafür eintreten zu wollen, daß die Ostmarkenzulagen auch fernerhin gezahlt werden. Solange jedoch das Zentrum an seiner ablehnenden Stellung festhält, ist es ganz ausgeschlossen, daß diese Zulagen, die immer nur den Charakter der Korruption getragen haben, weiter bezahlt werden können. Die Sozialdemokratie ist ganz gern bereit, einer Aufbesserung der sämtlichen unteren Postbeamten zuzustimmen; der Staatssekretär des Reichspostamts und die für die Ostmarkenzulage begeisterten Parteien sind aber für diesen Vorschlag nicht zu haben, so daß sich die Entrüstung der Postbeamten eigentlich gegen diese Parteien wenden müßte.

Der Prinzregent von Bayern

ist heute morgen 5 Uhr im 93. Lebensjahr verstorben. Die Regentschaft geht nun auf seinen Sohn über, da ja der angestammte Herrscher von Gottes Gnaden noch immer geisteskrank ist.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 12. Dezember.

Der Bürgerausschuß genehmigte resp. befürwortete in seiner gestrigen Sitzung folgende Anträge des Senates: Weitere Verstärkung des Abschnittes XIX der Ausgabenseite des Voranschlages für das Rechnungsjahr 1912 um 50 000 Mark, Verkauf eines Bauplatzes in Niendorf i. L. an den Bahnarbeiter Paul Lambeck daselbst, Ausbau der verlängerten Schützenstraße bis an die Zufahrtstraße zum Bahnhof (Kosten 22 000 Mk.), Erlaß eines Gesetzes, betreffend die Erhebung einer Neupflasterungsabgabe, Erweiterung des Motorbootsteges in der Schlutuper Wiek (1600 Mk.), Bewilligung von 1378 Mk. für bauliche Veränderungen in der Bezirksschule in Moisling, Gewährung einer Unterstützung von jährlich 300 Mk. an die Witwe des Bezirksschullehrers in Utecht, Adolf Voß, Begrenzung der Hilfslehrer- und Hilfslehrerinnenzeit. — Bereitstellung der Mittel (46 000 Mk.) An Kommissionen verwiesen wurden die Anträge des Senates auf Änderung des städtischen Bebauungsplanes und des Höhenregulierungsplanes für die innere Stadt, sowie auf Änderung des Abschnittes I des Unterrichtsgesetzes vom 17. Oktober 1885, Erlaß eines Nachtrages zu dem Gesetze vom 30. Juni 1909, betreffend die Umgestaltung der Gewerbeschule, Anstellung eines Schulinspektors und Änderung der Gehaltsverhältnisse des Schulrates.

Die Erhöhung der Hundesteuer, welche vom Senat beantragt wird, beschäftigte gestern den Bürgerausschuß. Die Vorlage wurde an eine Kommission verwiesen, die aus den Herren Niemann, Dr. Benda, Dr. med. Meyer, Dr. Grube und Boie besteht. Dieser Kommission überwiesen wurde auch eine Eingabe des Vereins der Hundefreunde, in der bei Annahme der Senatsvorlage um Berücksichtigung und Befürwortung folgender Wünsche und Vorschläge gebeten wurde: 1. Unterschied in der Besteuerung kleiner und großer Hunde, und zwar etwa höchstens 15 Mk. für kleine Hunde unter ca. 35 Zentimeter, 25 Mk. für alle größeren Hunde; 2. Ermäßigung der Steuer um die Hälfte für jeden weiteren Hund, den ein Hundebesitzer außer einem Hunde hält; 3. Erhebliche Ermäßigung für Züchter, dergestalt, daß entweder Züchter für alle Hunde einen Pauschsatz von 30—40 Mk. jährlich zahlen oder daß die Welpen eines Züchters bis zum Alter von 9 Monaten steuerfrei bleiben.

Der Senatsantrag auf Besteuerung der Warenhäuser und des Konsumvereins wurde gestern vom Bürgerausschuß nach längerer Beratung einer fünfgliedrigen Kommission überwiesen, der folgende Herren angehören: v. Schack und Mangels (vom Rabattsparverein Lubeca), Dr. Schlomer (SD.), Dr. Ihde und H. Eschenburg. Bei der Abstimmung am 10. Januar 1911 stimmten Dr. Ihde, H. Eschenburg und Dr. Schlomer gegen diese ungerechte Sondersteuer.

Das lübsche Bürgerrecht wurde im Monat November von 45 Personen erworben. 37 Personen erwarben im gleichen Monat die lübsche Staatsangehörigkeit.

Rechtzeitige Weihnachtseinkäufe. Alljährlich läßt sich die Beobachtung machen, daß das Publikum bei Deckung seines Weihnachtsbedarfs es insofern an einer gewissen Umsicht fehlen läßt, als es in der Regel erst in den letzten Tagen vor dem Feste zum Einkaufe schreitet. Diese Gewohnheit bringt mannigfache Unzuträglichkeiten mit sich, von denen zunächst das große Publikum selbst betroffen wird. Naturgemäß kann es bei dem lebhaften, zuweilen stürmischen Geschäftsgange während der Zeit vor dem Feste nicht die individuelle und sorgsame Behandlung durch die Verkäufer finden, wie sie die Käufer, namentlich das „bessere" Käuferpublikum, in Zeiten normalen Geschäftsganges fordern. Auch ist hiermit der Nachteil verknüpft, daß viele Käufer nicht mehr eine ihrem Geschmacke oder ihrem Bedürfnisse entsprechende Auswahl von Waren finden, da eine entsprechende Ergänzung der Läger infolge der starken Beschäftigung der beteiligten Industrien während der Weihnachtszeit häufig auf große Schwierigkeiten stößt.

Die Gepflogenheit, mit den Weihnachtseinkäufen zurückzuhalten, hat aber namentlich auch für die Angestellten erhebliche Nachteile im Gefolge. Der besonders zur Weihnachtszeit hervortretende starke Bedarf des Publikums stellt an die Arbeitskraft der Geschäftsinhaber und Angestellten außerordentlich hohe Anforderungen. Es wird während dieser Zeit fast in allen Geschäftszweigen mit einer fieberhaften Anspannung aller verfügbaren Kräfte gearbeitet und jedes einzelne Glied des Geschäftsorganismus, vom jüngsten Lehrmädchen oder Laufburschen an, bis hinauf zum Abteilungschef und Geschäftinhaber muß während dieser Zeit fast täglich oft bis in die späte Nacht hinein seine Kraft in Überarbeit dem Geschäfte widmen, wenn anders der ganze Geschäftsgang nicht ins Stocken geraten soll. — In diesen Verhältnissen Wandel zu schaffen und die damit verbundenen Unzuträglichkeiten auf ein angemessenes Maß zurückzuführen, ist das kaufende Publikum selbst berufen. Es vermag durch frühzeitige Einkaufsbestimmungen und eine angemessene Verteilung der Weihnachtseinkäufe zu seinem Teile dazu beizutragen, daß die geschäftliche Hochflut während der Weihnachtszeit sich nicht in den unliebsamen Folgen äußert, wie sie heute vielfach zu beobachten sind. So kann der Käufer dadurch auch sein soziales Empfinden in wirkungsvoller Weise praktisch betätigen.

Die öffentliche Rechtsauskunftstelle, welche vor Jahren von den damals vereinigten bürgerlichen Parteien ins Leben gerufen wurde, um der Sozialdemokratie und vor allem dem Arbeitersekretariat das Wasser abzugraben, fristet ihr Dasein jetzt ausschließlich auf Staatskosten. Die Gefährlichkeit der Sozialistentöter, die niemals sehr groß war, ist allmählich ganz versiegt und nun soll der Staat nicht nur seine Räume für ein Butterbrot hergeben, sondern auch noch obendrein sämtliche Betriebsmittel für diese Rechtsauskunftstelle hergeben. Dem Bürgerausschuß lag gestern folgendes

Senatsdekret vor: Durch Rat- und Bürgerschluß vom 31. März 1910 ist der öffentlichen unentgeltlichen Rechtsauskunftstelle zunächst für die Dauer von drei Jahren ein jährlicher Beitrag von 6000 Mark aus der Staatskasse gewährt worden. Mit der Eingabe vom 30. August 1912 hat der Verein „Oeffentliche Rechtsauskunftstelle" darum nachgesucht, ihm zunächst auf die Dauer von drei Jahren wiederum eine Beihilfe, und zwar in Höhe von 7300 Mark, zu bewilligen. Die in der Eingabe erwähnten Abrechnungen über die Jahre 1910 und 1911 sowie die Voranschläge für 1912 und 1913 sind zur Einsicht beigefügt. Das Finanzdepartement, vom Senat über den Antrag gehört, hat erklärt, daß es zwar finanzielle Bedenken gegen die Bewilligung nicht zu erheben habe, daß aber die stetig zunehmende Ausdehnung der Rechtsauskunftstelle und ihrer Nebenbetriebe und die damit verbundene Kostensteigerung seines Erachtens Veranlassung gebe, zunächst die Frage zu prüfen, ob die weitere Ausdehnung der Rechtsauskunftstelle zu erstreben, ob nicht einzelne ihrer Nebenbetriebe privater Tätigkeit zu überlassen und ob nicht die eigentliche Tätigkeit der Rechtsauskunftstelle streng auf den Kreis der wirklich Bedürftigen zu beschränken sei. Das Finanzdepartement hat u. a. darauf hingewiesen, daß die in dem Berichte der Rechtsauskunftstelle erwähnte Tätigkeit zur Bekämpfung des Unwesens der Schwindelfirmen seines Erachtens nicht zu den Aufgaben der Rechtsauskunftstelle gehöre, sondern der hierfür zuständigen Handelskammer oder Gewerbekammer verbleiben müsse. Die Erklärung des Finanzdepartements ist dem Senatskommissar für die Angelegenheiten der öffentlichen Rechtsauskunftstelle zur Aeußerung überwiesen. Auf Grund dieser Aeußerung hat der Senat die Ueberzeugung erlangt, daß die Rechtsauskunftstelle den Rahmen ihres Aufgabenbereiches nicht überschreitet. Der Senat ist daher und im Hinblick auf die von der Rechtsauskunftstelle auf sozialpolitischem Gebiete ausgeübte erfolgreiche Tätigkeit bereit, dem Antrage des Vereins zu entsprechen, und beabsichtigt demnach, zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft zu stellen: daß dem Verein „Oeffentliche Rechtsauskunftstelle" zunächst für die Dauer von drei Jahren ein jährlicher Beitrag von 7300 Mark bewilligt und diese Summe in den Voranschlag der Rechnungsjahre 1913, 1914 und 1915 eingestellt werde. Der Bürgerausschuß erklärte sich natürlich gutachtlich für die Mitgenehmigung des Senatsantrages durch die Bürgerschaft, da er ja fast ausschließlich aus Vertretern der ehemals vereinigten bürgerlichen Parteien besteht.

Schiffsliste für billige Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika (10 Pfg. für je 20 Gr.): Die Portoermäßigung erstreckt sich nur auf Briefe, nicht auch auf Postkarten, Drucksachen usw., und gilt nur für Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika. „George Washington" ab Bremen 24. Dezember, „Neckar" ab Bremen 21. Dezember, „Hamburg" ab Hamburg 24. Dezember, „President Grant" ab Hamburg 28. Dezember, „Victoria Luise" ab Hamburg 31. Dezember, „Kaiser Wilhelm II." ab Bremen 7. Januar, „Prinz Friedrich Wilhelm" ab Bremen 11. Januar. Postschluß nach Ankunft der Frühzüge. Alle diese Schiffe, außer „Neckar", „Hamburg" und „Victoria Luise", sind Schnelldampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgange die schnellste Beförderungsgelegenheit bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Leitvermerk wie „direkter Weg" oder „über Bremen oder Hamburg" zu versehen.

Einfuhr von dänischem Vieh. In der Zeit vom 1. bis 7. Dezember betrug die Einfuhr von Rindern aus Dänemark nach der Quarantäneanstalt Apenrade 1483, Flensburg 192, Kiel 318, Lübeck 706, Rostock 285, Altona 372, im ganzen 3356 Stück. Davon über Kolding 2112 Stück. — In derselben Zeit wurden in geschlachtetem Zustande 1950 Stück Großvieh, 250 Kälber, 80 Schafe und 850 Schweine eingeführt.

pb. **Verhaftet** wurde auf dem hiesigen Postamte ein Schreiberlehrling aus Rendsburg, der nach Unterschlagung von 1000 Mk. von dort flüchtig geworden war.

pb. **Einbruchsdiebstahl in Genin.** In der Nacht zum 11. d. M. ist in einem Arbeiterkaten in Genin ein Einbruchsdiebstahl ausgeführt worden. Hierbei wurden gestohlen: 1 schwarzer Überzieher mit Sammetkragen, 1 dunkelblaue Hose und Weste, 1 grauwollenes Arbeitsjackett, 3 braune Herrenstrümpfe, 1 langes schwarzes Damenjackett mit schwarz und weiß gestreiftem Futter, 1 Paar lange Stiefel, innen mit grauem Flanell gefüttert, 5—6 Pfund Schweinsrippen und 1 Schale mit eingekochtem Kürbis.

Sommertheater in der Stadthalle. Regisseur Ernst Albert vom hiesigen Stadttheater hat die Direktion des Lübecker Sommertheaters in den Stadthallen von dem Pächter Herrn Steffens, nach Erteilung der Konzession auf drei Jahre, übertragen bekommen. — Herr Albert, der hier in den fünf Jahren seiner Tätigkeit am Neuen Stadttheater sowohl als Künstler, Schwankdichter („Tolle Prinzeß", „Erbtante" 2c.) und Mensch sich die größte Beliebtheit in allen Kreisen Lübecks errungen hat, wird vor allem die heitere Muse im Sommer pflegen. Als Leiter verschiedener Sommerbühnen: Kurtheater Wildbad, Bad Kösen, Rudelsburgfestspiele, Residenztheater Weimar, Jena, Apolda, Zeitz, Köthen (Anhalt) hat Herr Albert stets glänzende Erfolge erzielt und wird er uns sicherlich auch hier, als Direktor, manche genußreiche Stunde bereiten, wie er es oft als Darsteller und Schwankdichter getan. Die Sommersaison wird Herr Albert am Sonntag, dem 18. Mai 1913, beginnen. — Lübeck hat also im nächsten Jahr wieder ein Sommertheater; damit ist ein Wunsch weiter Kreise erfüllt.

Schwartau. Die Schwartauer Stadtratswahl, welche am 26. November stattfand, hat zwar mit einem „Siege" des Bürgertums geendet, doch dürften die Sieger in naher Zeit wieder aus dem Stadtrat exmittiert werden. Gegen die Wahl ist nämlich seitens der Sozialdemokraten Protest eingelegt worden, der recht deutlich erkennen läßt, mit welchen Mitteln der Erfolg des Bürgertums erzielt worden ist. Der Protest besagt: 1. Bei der Aufstellung der Wählerlisten waren 48 Wähler in den Listen eingetragen und durchstrichen, die nach Angabe des Bürgermeisters mit ihren Steuern im Rückstande sein sollten. Das war jedoch nicht bei allen der Fall. Hierdurch sind viele Wähler vor den Kopf gestoßen, weil sie in den Augen aller Wähler gebrandmarkt waren; deshalb blieben sie der Urne fern. Früher ist dieses nicht gemacht worden. 2. Mehrere Wähler, die in den Listen, die den Wählern zur Einsicht offen lagen, eingetragen waren, fehlten in den Listen, die bei der Wahl dem Protokollführer zum Vermerk dienten; ein Beweis, daß nach Schluß des Offenliegens andere Listen angefertigt sind. Unseres Erachtens nach ist deshalb die Wahl für ungültig zu erklären. 3. Es haben Wähler ihre Stimme abgegeben, die nicht in in den Listen eingetragen waren. 4. Ein Wähler begab sich zum Bürgermeister, um sich in den Listen eintragen zu lassen, welches ihm auch von demselben versprochen wurde, aber jedoch nicht geschehen ist. 5. Vor dem Ziehen der gesammelten Stimmzettel sind dieselben nicht mit den in den Listen angemerkten Wählern verglichen worden, und ist deshalb die Kontrolle völlig ausgeschlossen. Beispielsweise ist es bei der letzten Gemeinderatswahl in Rensefeld vorgekommen, daß die Urne zwei Stimmzettel mehr enthielt, als Wähler angemerkt waren, die der Mehrheit abgerechnet waren. Dadurch verändert sich das Zahlenverhältnis. Es ist wohl zweifellos, daß unter diesen Umständen die Schwartauer Stadtratswahl ungültig erklärt werden muß, denn die angeführten Vorgänge sind von außerordentlich erheblicher Bedeutung. Es ist nur die Frage, wem die Schuld daran beizumessen ist. Der Bürgermeister Gleininger hat beispielsweise einen Wähler einfach abgewiesen mit der falschen Bemerkung, derselbe hätte keine Steuer gezahlt. Als der Mann dann den Steuerzettel beibrachte und nachwies, daß der Bürgermeister im Unrecht war, meinte Dr. Gleininger, er (der Wähler) könne ihn ja verklagen. Wir sind der Ansicht, daß ein Beamter nicht kurzerhand Behauptungen, die jemand in seinem Recht schmälern, aufstellen darf, bevor er sich von der Richtigkeit seiner Anschauung überzeugt hat. Die neue Wahl wird hoffentlich ein erfreulicheres Ergebnis zeitigen, als die unter so seltsamen Umständen vollzogene Novemberwahl.

Hamburg. Die Justiz als Verteidiger des Militarismus. Wegen Beleidigung sämtlicher Offiziere der Armee waren der verantwortliche Redakteur des „Hamb. Echo", Genosse Ernst Köpke und der Genosse August Winnig vor der 2. Strafkammer des Hamburger Landgerichts angeklagt. Die Beleidigung wurde in der von Winnig verfaßten Skizze „Osterode" gefunden, wegen der schon gegen verschiedene Parteiredakteure Anklagen erhoben und Verurteilungen erfolgt sind. Von der Verteidigung waren die bekannten Dichter Rich. Dehmel und Jakob Löwenberg geladen, die in ihren Gutachten sich dahin aussprachen, daß die Skizze großen literarischen Wert habe und keineswegs als eine Beleidigung der Offiziere der Armee gedeutet werden könne. Trotzdem wurde Winnig zu zwei Monaten und Köpke in Anbetracht seiner Vorstrafen zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Harburg. Im eigenen Heim. Das „Volksblatt für Harburg, Wilhelmsburg und Umgegend" hat jetzt sein eigenes Heim, eines der schönsten Gebäude Harburgs (Gr. Schippsee 18), bezogen. Außer der vergrößerten Druckerei nebst Redaktion, Expedition, Buchhandlung und Geschäftsleitung sind hier untergebracht: Das Partei- und das Arbeitersekretariat, die Verbandsbureaus der Holzarbeiter, Metallarbeiter, Transportarbeiter und Fabrikarbeiter, sowie die Zentralbibliothek. Die Jugend hat einen Saal für sich. In einem größeren Sitzungssaale haben 250 Personen Platz. Das nunmehr fertige Werk legt Zeugnis ab von dem unaufhaltsamen Wachstum der Arbeiterbewegung Harburgs, von dem gedeihlichen Zusammenwirken der Gewerkschaften und der Partei.

Kiel. Schwerer Schiffszusammenstoß im Kriegshafen. Bei starkem Nebel hat gestern der um 9¼ Uhr von Kiel abgehende deutsche Postdampfer „Prinz Adalbert" den Schleppdampfer „Margarethe", Eigentum der Firma Gebr. Ihns, bei der Werftmole angerannt. Der Schlepper wurde an Backbord schwer beschädigt und begann sofort zu sinken. Unter Volldampf steuerte „Margarethe" an die Werftmole und sank. Ruderhaus mit Schornstein ragen aus dem Wasser. Die Besatzung wurde geborgen. Der Postdampfer hat anscheinend keinen bedeutenden Schaden genommen, da er die Fahrt nach Korsör fortsetzte. — Zum zweiten Bürgermeister wurde mit sozialdemokratischer Hilfe Dr. Gradenwitz-Stettin gewählt. Auf ihn entfielen 10 886 Stimmen; auf seinen Konkurrenten Holz, den sämtliche Spießer unterstützten, 5211 Stimmen.

Kiel. Ein Arbeiterturnverein als politischer Verein erklärt. Der Arbeiterturnverein in Kiel, die „Freie Turnerschaft an der Kieler Förde", einer der regsten Arbeiterturnvereine, hat sich schon seit Jahren der besonderen Aufmerksamkeit des Kieler Polizeipräsidenten zu erfreuen. Die eifrige Tätigkeit des Vereins, die Arbeiterjugend zu kräftigen freien Männern zu erziehen, gefällt dem Polizeipräsidenten ganz und gar nicht. Um das zu verhindern, mußte er ein gerichtliches Urteil erwirken, daß der Verein ein politischer ist. Das ist ihm denn auch endlich nach heißem Bemühen geglückt. Der Vorsitzende des Vereins hatte vom Polizeipräsidenten ein Strafmandat erhalten, weil er der Aufforderung, Satzung und Verzeichnis der Vorstandsmitglieder des Vereins der Polizei einzureichen, nicht nachgekommen war. Der Vereinsvorsitzende rief das Schöffengericht an und das sprach ihn frei. Es hielt die vom Polizeipräsidenten angebrachten Beweismittel nicht für ausreichend, den Verein als einen politischen zu erklären. Die Sache kam dann auf Betreiben des Polizeipräsidenten vor die Strafkammer III des Kieler Landgerichts, die den Verein für politisch erklärte und den Vorsitzenden zu 10 Mk. Geldstrafe verurteilte. Die von dem Verteidiger angebotenen Beweise für die nichtpolitische Tendenz des Vereins lehnte die Strafkammer einfach ab. Dieser Tage hatte sich nun das Oberlandesgericht Kiel mit der Angelegenheit zu beschäftigen, bei dem der Verurteilte Revision angemeldet hatte. Der Strafsenat des Oberlandesgericht wies die Revision zurück. Die Begründung hat sich das Gericht leicht gemacht. Sie ist nur kurz. Es heißt darin: „Es kommt nicht darauf an, daß der Verein unmittelbar, sondern auch darauf, ob er mittelbar auf politische Angelegenheiten einzuwirken versucht. Um einen Verein für politisch zu erklären, genügt es schon, wenn festgestellt wird, daß seine mittelbaren Zwecke darauf gerichtet sind, bei den Mitgliedern auf die Pflege einer bestimmten Weltanschauung hinzuwirken, z. B. Einwirkung auf die Jugend usw. Im gleichen Sinne haben auch schon entschieden das Oberverwaltungsgericht, das Kammergericht und das Oberlandesgericht Hamm. Das Urteil des Landgerichts enthält nach dieser Richtung hin ausreichende Feststellungen, z. B. die Erziehung der Mitglieder zu sozialdemokratischen Parteigängern. Damit ist die politische Tendenz des Vereins einwandfrei festgestellt." — Mit solcher Begründung kann man schließlich alle Vereine für politisch erklären. Die Lahmlegung der Tätigkeit des Arbeiterturnvereins wird natürlich ein frommer Wunsch bleiben.

Hadersleben. Mads Egholm, der vielgenannte „Heimatlose", dem die preußische Regierung das Asylrecht verweigert, befindet sich immer noch bei seiner Familie in Bröns, trotzdem er fast alle Tage mit einer Verfügung beglückt wird, in der er wegen unerlaubter Rückkehr zu neuen Geld- bezw. Haftstrafen verknackt wird; er dürfte jetzt schon der Staatskasse ein kleines Vermögen „schulden" bezw. einen Aufenthat von annähernd einem halben Jahre hinter schwedischen Gardinen in Aussicht haben. Da Egholm ein armer Mann ist, kann er nicht bezahlen, und in dem Bewußtsein seiner Unschuld wird er auch nicht freiwillig seine Familie verlassen, sondern nur der Gewalt weichen. Angesichts der bevorstehenden Verhandlungen im Reichstage über die Staatsangehörigkeitsfrage war man zu der Annahme berechtigt, daß von weiteren Gewaltmaßregeln gegen den bedauernswerten Arbeiter in Bröns abgesehen würde. Aber jetzt ist dem Heimatlosen von der Staatsanwaltschaft in Flensburg die Bestätigung der ersten vierzehntägigen Haftstrafe zugegangen, was zweifellos die Einleitung zur gewaltsamen Fortschleppung Egholms nach dem Gefängnis bedeutet. Bald werden sich die Gefängnistore hinter ihm schließen, und die Regierung wird um die „Genugtuung" reicher sein, durch ihre barbarische Brutalität der armen, gehetzten Proletarierfamilie das bevorstehende „Fest der Liebe" in Qual und Jammer verwandelt zu haben. Wenn das Kulturzustände sind, dann haben wir allerdings Ursache, uns ihrer zu schämen.

Malchin. Statt einer Verfassung einen neuen Katechismus. Der mecklenburgische Landtag, der eben zum so und so vielten Male ablehnte, dem Volke endlich eine Verfassung, und sei es auch die kümmerlichste, zu geben, hat beschlossen, daß mit Ostern 1913 ein neuer mecklenburgischer Landeskatechismus herausgegeben werden soll. Der jetzige Katechismus stammt aus dem Jahre 1717 und weist nicht weniger als 698 Fragen und Antworten auf. In dem neuen Katechismus, der nur noch die religiösen „Kernsprüche" enthalten soll, ist die Zahl der Fragen und Antworten auf 359 zusammengeschrumpft. Und da behaupte noch einer, daß es in Mecklenburg keinen Fortschritt gebe!

Stade. Nicht russisch, aber borussisch! Der Aufsichtsrat des Konsumvereins Stade sieht sich genötigt den Mitgliedern mitzuteilen, daß es nicht möglich sei, die ordentliche Generalversammlung innerhalb der Stadt abzuhalten. Man muß außerhalb Stades tagen. Ueber 600 in der Stadt Stade wohnende Mitglieder des Konsumvereins haben für ihre Generalversammlung kein Obdach in der Stadt, weil sämtliche befragte Saalinhaber aus Angst vor dem Militärboykott ihre Lokale dem Konsumverein verweigern. Nach dem Urteile der Wirte ist angeblich der Konsumverein, dem Mitglieder aller politischen Parteien angehören, sozialdemokratisch, und alles Sozialdemokratische ist in Stade verpönt. Der Aufsichtsrat hebt demgegenüber mit Recht hervor, daß der Verein eine völlig neutrale Vereinigung ist. Wer das Gegenteil behaupte, habe sich entweder noch nie eingehender mit dem Verein befaßt und mache somit seine Aeußerungen aus völliger Unkenntnis oder er spreche bewußt die Unwahrheit. Ueberflüssig, zu bemerken, daß diese mehr als kleinliche Bekämpfung des Konsumvereins nicht die erhofften Früchte zeitigt. Der noch junge Verein steigerte im letzten Geschäftsjahre seinen Umsatz von 97 640 Mk. auf 123 960 Mk., also um fast 27 Prozent, und befindet sich auch sonst in erfreulicher Entwickelung. Der Tag dürfte also nicht mehr allzu fern sein, wo sich Wirte freuen werden, wenn die organisierten Konsumenten sie mit der Abhaltung ihrer Generalversammlungen beehren.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 11. Dezember.

Bauern-Butter Pfd. —1,40 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,50 Mk., Hasen 3,50-4,50 Mk., Enten 3,50—4,50 Mk. Hühner 1,70—2,50 Mk., Küken Stück 1,60—2,30 Mk., Tauben Stück 60—70 Pf., Gänse Pfd. 85-90 Pfg., Schinken Pfd. 1,00 Mk., Schweinskopf pr. Pfd. 60 Pfg., Wurst, geräuchert, Pfd. 1,30—1,60 Mk., Eier Stck. — u. 11 Pfg., Kartoffeln 10 Pfd. 40 bis 50 Pfg., Spargel 1. Sorte — Pf., 2. Sorte — Pf., 3. Sorte — Pfg., Blumenkohl der Kopf 20—60 Pfg., Kirschen, hiesige, Pfd. — Pfg., eingeschickte, Pfd. — Pf. **Lebende Süßwasserfische:** Schleie, Portionsschleie Pfd. 1,40, größere Pfd. 1,20 Mk., Karpfen, größere Pfd. 1,10 Mk., kleinere 90 Pfg., Aal, große Pfd. 1,00 Mk., mittlere Pfd. 80 Pfg., kleine Pfd. 60 Pfg., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Hechte, große Pfd. 60—70 Pfg., mittel Pfd. 70—80 Pfg., Barsche Pfd. 60 Pfg., Brachsen, gr. Pfd. 60-70 Pfg., kleine Pfd. 50 Pfg., Aland Pfd. — Pfg., Rotaugen, große Pfd. 25 Pfg., kleine Pfd. 15 Pfg., Krebse Pfd. — Pfg. **Salzwasserfische:** Dorsche, lebende Pfd. 35—40 Pfg., frische Pfd. —30 Pfg., Butte, größere Pfd. 35 Pfg., kleinere 20 Pfg., Steinbutt, lebende Pfd. 100—140 Pfg.

Getreidepreise.

Lübeck, 11. Dezember.

Weizen, 170—190 Mk. **Roggen** 155—167 Mk. **Gerste**, nach Qualität, 160—180 Mk. **Hafer**, nach Qualität, 150—170 Mk., hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 11. Dezember.

Auftrieb 1218 Schweine. Markt sehr langsam geräumt. Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., —,— bis 82,— (—,— bis 62,50 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., —,— bis 82,— (—,— bis 64,00 Mk.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., —,— bis 82,— (—,— bis 64,— Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 81,— bis 82,— (63,— bis 64,00 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 74,— bis 80,— (56,00 bis 61,—) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 78,— bis 79,— (62,50 bis 63,—) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 72,— bis 76,— (56,00 bis 59,50) Mk.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.
Hamburg, 11. Dezember.

1. Klasse 347 Drittel zu 134,69 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 31 „ „ 122,61 Mk. „ „

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Herren-

Stiefel in allen Formen
Schnürstiefel, Box- u. Chevreau,
von **8.00** bis **14.50** Mk.
Zugstiefel, Box- u. Chevreauleder
von **7.90** bis **15.00** Mk.
Schnallenstiefel
von **9.50** bis **13.00** Mk.
Damen- und Kindersachen
in allen Sorten billig.

Heinr. Beckmann,
Reiferstraße 3. (5829
Rabattmarken. Reparaturwerkst.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten"

Konsumverein für Lübeck u. Umgegend

e. G. m. b. H.

Zu Weihnachts-Einkäufen

empfehlen wir unseren Mitgliedern unser

Speziallager für Manufaktur- u. Haushaltungswaren

Königstrasse 111, Ecke Aegidienstrasse.

Reichhaltige Auswahl in schwarzen und farbigen Kleiderstoffen, Blusenstoffen, baumwollenen Kleiderstoffen.

Korsetts in allen Größen und soliden Formen. Handarbeit, aparte, moderne Muster.

Schürzenstoffe ✱ Untertaillen ✱ Unterröcke ✱ Taschentücher ✱ Strümpfe in allen Größen.

Tücher, große und kleine, zu allen häuslichen und gesellschaftlichen Zwecken.

Handschuhe ✱ Wäsche ✱ Schirme ✱ Krawatten ✱ Hosenträger ✱ Portemonnaies ✱ Sweater ✱ Jagdwesten usw.

Neu aufgenommen! **Spielsachen, Puppen.** Neu aufgenommen!

In Hausstandssachen, Glas, Porzellan und Emaille

führen wir alle einschlägigen Artikel in den gangbarsten Marken.

Aluminiumgeschirre	Kaffeeservice	Kohlenschaufeln	Salon-Kohlen-Kästen	Waschgarnituren
Ausklopfer	Kaffee- und Zuckerdosen	Markttaschen	Sand-Seife-Soda-Garnitur	Waschkessel
Brottaschen	Küchenlampen	Messer, Gabeln, Löffel	Spirituskocher	Wäscheleinen
Emaille- und Zink-Eimer	Kochtöpfe	Nudelrollen	Scheren	Wirtschaftswagen
Eßservice	Korbwaren	Petroleumkocher	Schulranzen	Wringmaschinen
Fleischhackmaschinen	Kohlenkästen	Rucksäcke	Tachenmesser	Zeugmangeln

Besonders machen wir noch aufmerksam auf die von uns geführten

Nähmaschinen Marke G. E. G., hervorragendes deutsches Fabrikat,
5 Jahre Garantie, zum Preise von **65,—** Mk. bis **77,50** Mk.

Mitglieder! Beachtet bei Einkäufen zuerst euer eigenes Geschäft!

NB. Am **Sonntag, dem 15.** und **Sonntag, dem 22. Dezember** ist diese Abgabestelle — aber auch nur diese — von **11** bis **7 Uhr abends geöffnet.** (5830

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 Otto Albers Kohlm. 10
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige
3) Preise. U. a.:

Lederhosen	2.20	6.45
Maurerhosen	2.60	6.75
Schlosserhosen	1.88	5.25
Überziehhosen	1.08	2.35
Zwirn-Hosen	1.68	3.25

leinene Jacken, schräge u. gerade, **1.28,** Kasen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von **30** Pf. bis 1.88 Mk. **Rote Lubecam.**

Uhren 5817

Goldene Trauringe, Operngläser.
H. Schultz, Uhrm. u. Goldsch., ob. Johannisstr. 29

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend.
e. G. m. b. H.

Bezirks-Versammlung
für die Mitglieder der Warenabgabestelle
Mölln i. Lbg.
am Sonnabend, 14. Dezember
abends 8½ Uhr
im „Lübecker Hof".

Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht.
2. Bericht vom Genossenschaftsrat.
3. Wahl eines Genossenschaftsratsmitgliedes.
4. Genossenschaftliches.

Um recht zahlreichen Besuch der Mitglieder und deren Frauen bittet
5826) **Der Vorstand.**

5832

Betten-Duve liefert bestens und billigst.
3290 **Gr. Burgstr. 32.**

Deutscher Holzarb.-Verband
Zahlstelle Lübeck.

Weihnachts-Feier
mit nachfolgendem Ball
am Sonntag, dem 29. Dezember 1912
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.
Saalöffnung 4½ Uhr. Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt 60 Pfg.
Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.
Weihnachtsfeier von 5—8 Uhr.
5819) **Das Komitee.**

Johannes Holst
Kohlmarkt 6, Markt 6.
Bettfedern und Daunen
Pfd. 48, 95, 1.25, 1.60, 1.85, 2.20, 2.85, 3.50, 4.00, 5.25.
Federdichte Inletts
Meter 70, 1.25, 1.38, 1.68, 1.95
4067) 2.10, 2.45, 3.00.

Stadthalle in Lübeck.
Direktion: E. Feldhusen.
Donnerstag, 12. Dezember,
8¼ Uhr:
Berliner Gastsp.-Ensemble
Zum vorletzten Male:
Der große Bühnen-Erfolg:
Hinter Mauern.
Schauspiel von Nathansen.
—:— Kleine Preise. —:—
Vorverkauf bei den Herren **Friedr. Nagel,** Markt 14 u. **Kaibel,** Musikalienhandlung, Breitestraße. 5786
In Vorbereitung:
— **Scheiden tut — wohl!** —

Neuer Hausstand!
Zu verkaufen für den billigen Preis von **Mk. 475**
Garnitur: Sofa, 4 Stühle, Tisch, fourniert. Vertiko, Spiegel m. Stuhe, 2 Bilder. — **Schlafzimmer:** zwei Bettstellen, 2tür. Kleiderschrank, Waschtisch m. Spiegelaufsatz, zwei gute Federbetten (Oberbett Halbdaunen), **Küche,** grau: Schrank, Tisch, Bank, 2 Stühle, Rahmen, Handtuchhalter. (5807
Möbelhandlung Marlesgrube 4.

Hansa-Theater.
Anfang 8¼ Uhr.
Der größte Lacherfolg
Harry Bienenstein
in den neuen Burlesken.
Nobless auf Plüsch.
Frühlingserwachen
ausserdem
die hervorragenden Spezialitäten
mit **Ludwig Puls.**
Neues Repertoir. (5831
Vorzugskarten gültig.
Ab 11 Uhr:
Kabarett.

Neues Stadttheater.
Freitag, den 13. Dezember 1912.
75. Vrst. i. V.-Ab. 13. Vrst. i. Freitag-Ab.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10¼ Uhr.
Auf vielfachen Wunsch!
Der Evangelimann.
Musik. Schauspiel v. Wilh. Kienzl.
Große Preise. 5822
Sonnabend, den 14. Dezember.
76. Vrst. i. V.-A. 7. Vrst. i. Sonnabd.-Ab.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.
Zum letzten Male:
La Bohème.
Oper von G. Puccini.
Große Preise.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 291. Donnerstag, den 12. Dezember 1912. 19. Jahrg.

Die sozialdemokratische Dumafraktion.

Man schreibt uns aus Petersburg:

Trotzdem einige sozialdemokratische Abgeordnete aus den entferntesten Gouvernements noch nicht eingetroffen sind, hat die sozialdemokratische Fraktion sich bereits konstituiert. Es gehören bereits der Fraktion an: die 6 Abgeordneten der Arbeiterkurie Bodajew, Malinowsky, Muranow, Petrowsky, Samoilow und Schagow, die 3 kaukasischen Abgeordneten Tscheidse, Tschenkeli und Skobelew, endlich die auf den Gouvernementsversammlungen gewählten Genossen Burjanow (Taurien), Tuljakow (Dongebiet) und Chaustow (Ufa). Die beiden sibirischen Abgeordneten Manjkow (Irkutsk) und Russanow (Seegebiet) sind wie erwähnt noch nicht eingetroffen; endlich ist die Frage der Aufnahme des Warschauer Abgeordneten, Gen. Jagello, Mitgliedes der polnischen sozialistischen Partei, noch nicht entschieden. Zum ersten Fraktionsvorsitzenden ist Gen. Tscheidse, und zum zweiten Vorsitzenden Genosse Malinowsky gewählt.

Es dürfte für die westeuropäischen Begriffe besonders merkwürdig erscheinen, daß von unserer Fraktion in der dritten Duma nur ein Abgeordneter und zwar Genosse Tscheidse in die vierte Duma gewählt worden ist. Dies Ergebnis ist eine direkte Folge des schmählichen Wahlgesetzes, wie der schwer wiederzugebenden Wahlinfamien der Regierung. So scheiden die 6 Abgeordneten in der Arbeiterkurie schon von vornherein aus, da sie durch ihre Eigenschaft als Deputierte des Rechtes wieder gewählt zu werden verlustig gehen. Bei den übrigen jedoch haben die willkürlichen Wahlkassierungen mit einer solchen Schärfe eingesetzt, daß jede Hoffnung auf eine Wiederwahl ausgeschlossen war. Es genügt darauf hinzuweisen, daß die Genossen Gegetschkori und Woiloschnikow vollkommen willkürlich kassiert worden sind, und daß Genosse Dr. Preedkaln-Riga nur infolge des an seinen Wählern begangenen Wahlrechtsraubes dem Sammelkandidaten der bürgerlichen Reaktion unterlegen ist. Von den bekanntesten Mitgliedern der vorigen Dumafraktion fehlt endlich auch Genosse Pokrowsky, der, glücklich den mehrfachen Wahlkassierungen entronnen, infolge des schmählichsten Verrates der Liberalen, die im letzten Augenblicke ihre Wahlabmachung umstießen, auf der Strecke geblieben ist.

Am merkwürdigsten dürften wohl die Wahlen unserer Abgeordneten in Batum und Irkutsk zu nennen sein. In Batum war der sozialdemokratische Kandidat Tschenkeli, der eigenmächtig aus der Verbannung zurückgekehrt war, auf die Denunziation seiner junkerlichen Gegner vor den Wahlen verhaftet worden. Dennoch wurde er mit erdrückender Mehrheit gewählt, worauf er sofort aus dem Gefängnis befreit wurde. In Irkutsk hatte die Administration von 20 Wahlmännern die Wahl von 6 Sozialdemokraten als ungültig erklärt. Dessen ungeachtet wurde unser Genosse Manjkow, obgleich die sozialdemokratische Mehrheit vernichtet war, mit Unterstügung der radikalen bäuerlichen Wahlmänner gewählt.

Zum Schluß einige Angaben über unsere neuen Abgeordneten. Genosse Tscheidse, einer der Begründer der kaukasischen Sozialdemokratie, ist durch seine Tätigkeit in der 3. Duma genügend bekannt. Von den neuen Abgeordneten sind bisher nur wenige öffentlich hervorgetreten. Unter ihnen sind die Genossen Malinowsky und Petrowsk durch ihre hervorragende Tätigkeit in den Gewerkschaften und Bildungsvereinen weiten Kreisen der Arbeiter besonders bekannt. Genosse Malinowsky war einer der Gründer des Petersburger Metallarbeiterverbandes, dessen Sekretär er von 1907 bis Ende 1909 war. Genosse Petrowsky gehört schon seit 1898 der Partei an, und nahm seit 1905 auch hervorragenden Anteil an der legalen Arbeiterbewegung in Jekaterinoslaw. Genosse Tuljakew, der bereits für die zweite Duma als Wahlmann gewählt wurde, spielte gleichfalls eine führende Rolle auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung im Dongebiet. Genosse Skobelew, Absolvent des Wiener Polytechnikums, der einen Erzreaktionären aus der russischen Kurie im Kaukasus verdrängte, nahm regen Anteil an der Parteibewegung in Baku, wo er namentlich im Sinne der Zusammenschließung der kämpfenden Fraktionen wirkte. Genosse Tschenkeli endlich, der seine akademische Bildung in Paris, Wien und Berlin erworben hat, war ein tätiges Mitglied der kaukasischen Sozialdemokratie und eifriger Mitarbeiter der Parteipresse. Er schrieb viel über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, und seiner Feder entstammen zahlreiche Berichte über sozialistische Kongresse, auf denen er als Vertreter der georgischen Parteipresse anwesend war.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

83. Sitzung. Mittwoch, d. 11. Dezember.

Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Kühn, v. Tirpitz, Dr. Delbrück, v. Heeringen.

Auf der Tagesordnung steht zunachst ein

Nachtragsetat,

der 800 000 Mk. für Maßnahmen zum Schutze deutscher Interessen anläßlich der politischen Unruhen in China fordert.

Noske (SD.): Wir halten die vorliegende Forderung der Regierung für durchaus unberechtigt. Als im März d. Js. ein Betrag gefordert wurde, damit vorübergehend ein Teil der Besatzung in Kiautschou länger in China bleiben könne, wurde betont, es handle sich um eine ganz vorübergehende Maßregel. Man verwies darauf, daß die Revolution das chinesische Reich in seinen Grundfesten erschüttere, daher müsse deutsches Leben und Eigentum geschützt werden. Die damals vom Reichstag beschlossene Schutzmaßnahme ist erfreulicherweise überflüssig gewesen. Es sind zwar während der Revolution Ausschreitungen von Chinesen gegen Chinesen in Menge verübt worden, aber das chinesische Volk hat doch so viel politische Einsicht gezeigt, daß es davor zurückschreckte, das Leben und Eigentum fremder Staatsangehöriger anzutasten. Inzwischen ist eine gewisse Konsolidierung der Verhältnisse in China zweifellos eingetreten. Es ist ja möglich, daß früher oder später einmal wieder Schwierigkeiten entstehen könnten, aber auf so vage Möglichkeiten hin geht es nicht an, dauernd in einem fremden Lande eine solche Truppenmenge zu stationieren. Deutschland ist sogar im Vorteil gegenüber anderen Mächten in China, weil es seine Truppen dauernd in Ostasien unterhält und auch eine größere Flottenmacht. Es steht jedenfalls verhältnismäßig nicht ungünstiger da als andere Mächte. Die deutsche Politik in Ostasien ist eine Zickzackpolitik gewesen. Den Japanern hat man im Frieden von Schimonoseki die Siegesbeute abgejagt und dann hat man beim Boxeraufstand von der gepanzerten Faust geredet. Jetzt will man moralische Eroberungen in China machen. Die Gründung der Hochschule in Kiautschou ist ja auch zweifellos eine Kulturerrungenschaft. Allerdings wäre in Deutschland für kulturelle Zwecke noch viel mehr zu tun. In letzter Zeit ist von einer Steigerung deutschen Ansehens in China nichts zu merken gewesen. Die republikanische Regierung hat sich für die Neueinrichtung der Verhältnisse Berater aus allen möglichen Nationen geholt, nur keine deutschen Berater. Durch Entfaltung militärischer Macht werden wirtschaftliche Verhältnisse nie gebessert. (Sehr wahr! bei den Soz.) Sachkenner behaupten, daß das deutsche Kapital in China lange nicht die Beweglichkeit gezeigt habe wie z. B. das amerikanische, und daß es wieder einmal eine Gelegenheit gründlich verpaßt habe. Wir halten es auch nicht für notwendig, daß Chinas Empfindlichkeit von uns immer aufs neue verletzt wird. Der Hauptträger der revolutionären Idee, Suntjatsen, hat es für wünschenswert bezeichnet, daß Deutschland in nicht zu ferner Zeit sich mit dem Gedanken vertraut mache, sich gegen irgend eine Entschädigung aus Kiautschou zurückzuziehen. Dadurch werde es sich in China große Sympathien erwerben. Aus allen diesen Gründen erblicken wir in der Vorlage keine Förderung sondern eine Benachteiligung deutscher wirtschaftlicher Interessen in China und werden gegen die Forderung der Regierung stimmen. (Bravo! bei den Soz.)

Dr. Paasche (NL.): Das Ansehen Deutschlands in China ist gestiegen, das kann ich aus eigener Erfahrung feststellen. Falsch ist auch die Auffassung, als ob die Soldaten nicht zu dieser Erhöhung unseres Ansehens beitragen. In China hat auch wirtschaftlich der am meisten Einfluß, der die größte Machtentfaltung zeigt. Wir würden auch weitergehende Forderungen bewilligen, als die Vorlage bringt.

Noske (SD.): Früher hat Herr Paasche gemeint, niemand würde jetzt noch nach Kiautschou gehen, wir könnten nur nicht weg, weil wir uns sonst dem Gelächter der Welt aussetzen würden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Es kommt nicht auf die Zahl unserer Truppen dort, sondern auf die Geschicklichkeit unserer Diplomatie in Peking an. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Der Nachtragsetat wird hierauf in allen Lesungen angenommen.

Die Koalitionsfreiheit der Staatsarbeiter.

2. Tag.

Die Besprechung der Interpellation Ablaß und Gen. (Vpt.) wird fortgesetzt.

Ickler (NL.): Die Ausführungen des Staatssekretärs Delbrück über die Gewerkschaftsenzyklika haben uns außerordentlich befremdet. Er hat die politische Seite der Enzyklika völlig übersehen. Für die Aufrechterhaltung der Koalitionsfreiheit sind auch wir. Es handelt sich aber hier um Staatsarbeiter, die ein Streikrecht nicht haben können. Das haben wir in Frankreich gesehen. Der Kriegsminister hat die Arbeiter auf die Arbeiterausschüsse hingewiesen. Auf dem Papier machen sie sich sehr schön, in der Praxis ist es anders; es muß eine Organisation hinter ihnen stehen, wenn sie etwas ausrichten sollen. Als Aquivalent für das Fehlen des Streikrechts müssen die Staatsarbeiter so gestellt werden, daß sie einen Streik garnicht nötig haben. Die Anerkennung der Berufsorganisation ist das [illegible], was wir verlangen müssen. Aber davon ist d[illegible] Militärverwaltung weit entfernt. Der Jurist muß den [illegible] deuten, als sei die Zugehörigkeit zum Verbande verboten, die einfachen Arbeiter aber sollen herauslesen, sie sei nicht verboten. Jetzt wird alles zusammengetragen, um das Verbot nachträglich zu rechtfertigen. Warum bestreitet man dann, daß überhaupt ein Verbot erlassen ist. Der Vorsitzende des Verbandes hat ausdrücklich versprochen, daß alle Schärfen in der Sprache des Verbandsorgans künftig wegfallen sollen. An dem guten Willen der Militärarbeiter hat es nicht gefehlt. (Zuruf b. d. Soz.: Sie hätten artiger sein sollen!) Der Kriegsminister hat gestern sehr schroff gesprochen, aber den Organisationsgedanken reißt er aus den

Das Ende vom Lied.

Sozialer Roman von Wilhelm Blos.

(12. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Dann sagen Sie mir den wahren Grund, weshalb Sie fort müssen", drängte sie; „Sie verheimlichen etwas. Sie haben mir den wahren Grund, warum Sie fort wollen, verschwiegen."

Dabei sah sie ihn forschend an. Eine jähe und heiße Röte flog über sein treues und offenes Antlitz.

„Sie haben recht", stieß er mühsam hervor. „Aber wenn ich Ihnen den wahren Grund verraten würde, so würden Sie — mich armen Teufel auslachen."

„Was reden Sie da?"

„Sie würden mich auslachen!"

„Jetzt machen Sie mich aber ernstlich böse", rief Hermine. „Ich denke, wir kennen uns gut genug, daß ich verlangen kann, mir Ihre Bedenken zu offenbaren, damit ich sie zerstreuen oder helfend eingreifen kann, wenn Schwierigkeiten für Sie vorhanden sind. Mein Gott, was sind Sie für ein hartnäckiger Mensch und wie schwer machen Sie es Ihren Freunden, Ihnen gefällig zu sein!"

„Sie wollen also wirklich, daß ich mich offen aussprechen?"

„Gewiß!"

„Dann will ich mich offen aussprechen." Er holte tief und fuhr fort: „Ich muß fort, weil ich nicht in Ihrer Nähe bleiben kann."

Sie sah ihn gespannt an:

„Und warum können Sie das nicht?"

„Weil ich Sie liebe!" antwortete Fritz Born traurig.

Hermine sah ihn mit einem unbeschreiblichen Aufblick an, dann barg sie ihr mit Glut übergossenes Antlitz in ihre Hände.

„Nun ist es heraus," sprach er, „und ich weiß, was ich damit getan habe. Sie werden nun wissen, warum ich mich nicht habe aussprechen wollen."

Sie antwortete nicht.

„Sie sind gut und lieb gegen mich gewesen, vielleicht zu lieb, und Sie haben in mir ein Feuer entzündet, das ich nicht mehr zu dämpfen vermag. Wenn ich in Ihrer Nähe bliebe, so müßte mich dies Feuer verzehren. Auch wenn Sie mir selbst nicht sichtbar wären — jede Nachricht von Ihnen oder nur von dem Orte, wo Sie weilen, müßte meine Qual steigern."

Hermine machte eine zitternde Bewegung.

„Ich habe nur noch eine Bitte; seien Sie so gütig und hören Sie mich bis zu Ende an. Ich bin ein Arbeiter, ein Proletarier, wie Sie wissen, eines Dorfschneiders Sohn. Sie gehören zur Klasse der Reichen und sind nicht für die Hütte erzogen. Ich habe es gewagt, einen Moment die Augen zu Ihnen zu erheben, getrieben von der unwiderstehlichen Gewalt der Leidenschaft, die Sie in mir entfacht haben. Glauben Sie mir, unsereiner kann auch lieben, heißer und tiefer als so manche der Larven, unter denen Sie sich bewegen, wie Sie sagen. Aber ich weiß, durch welche Kluft von Vorurteilen wir getrennt sind, gegen die ich vergebens ankämpfen würde."

Zwischen den weißen Fingern Herminens, die sie fest auf ihr Antlitz gepreßt hielt, rann langsam eine Träne hervor.

„Nicht etwa, als ob ich mich Ihrer nicht wert und würdig fühlte," fuhr Born mit einem Ton männlichen Stolzes fort. „Ich kann nun offen reden, nachdem ich Ihnen alles enthüllt habe, was mich bewegt; Sie werden mir nicht den lächerlichen Versuch zutrauen, die Vorurteile, die ich bei Ihnen voraussetzen muß, mit Worten überwinden zu wollen. Aber Sie haben in der vergangenen Nacht gesehen, daß der wahre Wert des Mannes nicht durch seine gesellschaftliche Stellung bestimmt wird. Eine solche kann sich vom Vater auf den Sohn vererben, ohne das eigene Hinzutun und Verdienst des letzteren, gerade wie einst die Privilegien des Geburtsadels. Und doch darf dieser Meyer, dieser arme Schächer, kraft des ererbten Vermögens und Warenumsatzes, auf gleicher Höhe mit Ihnen wandeln, und Ihre Welt wird nichts Unpassendes darin finden, wenn er Ihnen seine Huldigungen darbringt und schließlich doch noch Ihr hartes Herz erweicht, obschon er sich in dieser Nacht als nichts weniger denn als einen zu Ihrer Art passenden Mann gezeigt. Ich aber bin dazu verurteilt, mein heißes Herz schweigend zu Ihren Füßen verbluten zu lassen, und darf meine Qual nicht verraten, wenn ich nicht von den lieben Mitmenschen — vielleicht auch von Ihnen — ausgelacht sein will. Glauben Sie nicht, daß ich aus Haß oder Neid rede; ich begreife eben, daß jedermann das ist, wozu ihn seine äußeren und inneren Verhältnisse, seine Erziehung, sein Besitz und seine Umgebung machen. Ich verdenke es Ihnen nicht, wenn das bei Ihnen gerade so ist, wie bei den anderen, aber Sie werden nun begreifen, warum ich entschlossen bin, über das Meer zu fliehen und in Regionen, die heute vielleicht noch keines Menschen Fuß betreten hat, Vergessenheit zu suchen — wenn ich sie überhaupt finden kann."

Hermine schluchzte und ein Zittern ging durch ihren über den Tisch gebeugten Körper.

Er erhob sich und sagte mit stockender Stimme:

„Ich danke Ihnen und Ihrer werten Frau Tante nochmals für die gütige Gesinnung, die Sie mir gegenüber geäußert. Und nun leben Sie wohl!"

Da Hermine unbeweglich blieb, so erhob er sich, um die Laube zu verlassen.

Wie er dem Ausgang zustrebte, ertönte hinter ihm ein leiser Schrei, er hörte das Rauschen von Herminens Gewand und ehe er sich umdrehen konnte, schlangen sich zwei weiße, weiche Arme um seinen Hals und Herminens Stimme flüsterte ihm zärtlich ins Ohr:

„Nein, Du lieber böser Mensch, Du wirst nicht nach Brasilien gehen, Du bleibst bei mir!"

Born stand regungslos; das war zu viel auf einmal und kam zu unerwartet, als daß er es hätte fassen können; er brachte kein Wort über die Lippen, sondern schaute stumm auf Herminens glänzendes Haar nieder, die ihr Haupt an seiner Brust barg. Er begann dies Haar sanft zu streicheln; da wandte sie das Haupt und schaute mit strahlenden Augen zu ihm empor. Jetzt erst fanden sich ihre Lippen zu einem langen und heißen Kusse.

„Ich glaub', ich träume," flüsterte er.

„So," antwortete Hermine, „jetzt träumst Du. Aber heute Nacht, als Du mich so innig geküßt hast, da war Dir doch nicht, als ob Du träumst."

Er errötete.

„Wenn ich gewußt hätte, daß Du dies merktest, so würde ich Dich nicht geküßt haben!"

„Ich hab's aber gemerkt, und wenn ich Dich nicht lieb hätte, so hätte ich dazu gewiß nicht still geschwiegen. Willst Du nun noch immer fort?"

„Ich kann mein Glück noch nicht fassen," flüsterte er.

„Und doch hast Du es mit Deinem Trotzkopf selber herbeigezaubert," sagte sie mit glücklichem Lächeln. „Denn wenn ich Dich nicht so fest gehalten hätte, Du wärest wirklich auf und davon nach Brasilien, jetzt aber kommst Du mir nimmer davon!"

„Eine nette Geschichte!" rief in diesem Moment eine krähende Stimme vom Eingang der Laube her. Es war die Pfarrerin, die die Zärtlichkeiten des Paares beobachtet und belauscht hatte und nun mit hochrotem Gesicht unter den Eingang der Laube trat. Fritz Born und Hermine waren im ersten Augenblick zu bestürzt, um etwas zu sagen.

„Wenn ich gewußt hätte," rief die Pfarrerin, eine ältliche und hagere Dame, mit dem Brustton sittlicher Entrüstung, „wenn ich gewußt hätte, Fräulein, daß Sie sich nicht schämen, solche Unanständigkeiten und frivole Liebeleien mit einem — Tischlergesellen sich zuschulden kommen zu lassen, so hätten Sie die Schwelle unseres Hauses nicht überschreiten dürfen.

Herzen der Arbeiter nicht mehr heraus: wenn eine Koalition verboten wird, werden die Arbeiter in eine andere Organisation gehen, die dem Minister noch weit unangenehmer sein wird. (Zuruf b. d. Soz.: Sie kommen zu uns!) Jawohl, und deshalb erhebe ich meine warnende Stimme. Redner nennt es eine Denunziation, daß der „Vorwärts“ bei den Wahlen gesagt hat, die Staatsarbeiter hätten gegen den bürgerlichen und für den sozialdemokratischen Kandidaten Stellung genommen (Lachen b. d. Soz.) und schließt mit dem Wunsch, daß den Militärarbeitern dasselbe Wohlwollen bewiesen würde wie den Eisenbahnern. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

v. Winterfeldt (K.): Wie ein Vater für sein Kind, so ist der Vorredner für seinen Verband eingetreten. Wir müssen aber annehmen, daß der Kriegsminister vollgültige Beweise für die Hetzerei des Militärarbeiterbandes hat. In der Beurteilung der Rechtslage stimmen wir ganz mit den Ausführungen des Staatssekretärs Delbrück überein. Jahr für Jahr erhalten die Militärarbeiter Lohnzulagen, es geschieht alles für sie, was billigerweise geschehen kann. (Bravo! rechts.)

Dombeck (Pole): Wir verlangen für alle gewerblichen Arbeiter und auch für die nicht festangestellten Staatsarbeiter freies Koalitionsrecht und Streikrecht. Ein einheitliches Arbeiterrecht mit Anerkennung des Rechts auf Arbeit sollte geschaffen werden. Den nationalliberalen Großkapitalisten in Oberschlesien wird die Rede des Herrn Ickler nicht sehr willkommen sein. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Preußischer Generalmajor Wandel: Wir gestatten den Arbeitern durchaus, irgendwelchen Organisationen beizutreten, und geben auch allen Wünschen nach Möglichkeit nach. Was den vom Abg. Bauer gestern erwähnten Fall anbelangt, so hat der Betreffende weder vor seiner Abfahrt noch nach seiner Rückkehr gesagt, daß es sich um das Begräbnis seines Vaters handelte. Es ist zuzugeben, daß der Vorstand der Werkstatt schroffer verfahren ist, als nötig war. Der Betreffende ist übrigens seit längerer Zeit wieder in einem technischen Institut eingestellt. Also die Sache ist vollkommen in Ordnung gebracht. Was das Verhalten des Militärarbeiterverbandes anbetrifft, so ist der Ton seines Organs mit der Zeit immer beleidigender geworden. Ich habe eine reiche Masse von Beweisen dafür, wie die Vorgesetzten herabgesetzt und dadurch eine schwere Schädigung der Disziplin herbeigeführt worden ist. So heißt es z. B. am 11. Dezember 1908: „Die Arbeiter streicheln die Hand, die sie schlägt, und küssen den Fuß, der sie tritt.“ (Hört, hört! rechts.) An einer andern Stelle hieß es von einem Arbeiter, daß er entlassen wurde, „um ein paar faule Herren in ihrem lichtscheuen Treiben nicht zu stören.“ (Hört, hört! rechts.) In ähnlicher Weise sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verächtlich gemacht. Am 10. April 1908 wurde geschrieben: „So stehen die Staatsarbeiter weit hinter dem geringsten Arbeiter der Privatindustrie.“ Am 29. April 1910 wurde eine Schilderung von einem Wohlfahrtsraum gegeben, die vollkommen aus der Luft gegriffen war. Am 5. Mai 1911 heißt es: „Alle Bitten der besser gestellten Arbeiter werden mit hohlen Phrasen abgetan. Ein Willkürakt steht neben dem andern.“ Am 20. Dezember 1911 wird von Arbeiterausschußmitgliedern in Metz-Diedenhofen gesagt, daß sie ihr Ehrenamt zur Verherrlichung ihrer werten Person ausüben und Schnüffler und Spitzel seien. (Hört, hört! rechts.) In dem Artikel, von dem Herr Bauer meinte, er wäre nicht so schroff, heißt es: Kummer und Sorgen sind das Resultat eines Lebens von Mühseligkeit, treuer Pflichterfüllung und unerschütterlicher Vaterlandsliebe, frühzeitiges Siechtum, eine Altersversorgung, die jedem Arbeiter Schrecken einflößt und früher Tod sind die Begleiterscheinungen.“ (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Ist das denn unwahr?) Wenn der Vorsitzende Buschold nachher auch erklärt hat, er bedaure diesen Ton, so ist doch das Gift nun einmal verspritzt. — Mißverstanden ist der Erlaß als ein Verbot des Verbandes nur von einzelnen Dienststellen. In einem Teil der Stellen ist tatsächlich falsch verfahren worden. Auflösung einzelner Ortsverwaltungen ist freiwillig erfolgt. In einem Ort haben die Arbeiter ausgesprochen, daß der Ton der Verbandspresse ihnen schon längst nicht mehr gefalle. Die meisten Ortsverwaltungen haben den Sinn des Erlasses vollständig klar erkannt. In Danzig hat Buschold selbst anerkannt, daß der Erlaß eine den Verband schädigende Wirkung nicht gehabt habe. Mehr kann man doch nicht verlangen.

Hegenscheidt (Rp.): Die Herren von der Linken berufen sich auf ein sogenanntes Naturrecht und natürliche Freiheit. In der Natur finden wir aber nicht Freiheit, sondern Unfreiheit. (Gr. Hkt. links.) Die Koalitionsfreiheit findet ihre Grenze an dem Wohle des Staates. Berufsorganisationen liegen allerdings im Zuge der Zeit und die Arbeiter müssen Gelegenheit haben, ihre Wünsche durch sie zum Ausdruck zu bringen; das muß aber stets in angemessener Form geschehen. (Bravo! rechts.)

Behrens (Wtsch. Vgg.): Die gestrige Rede des Staatssekretärs war sehr bedeutungsvoll und wird die Grundlage bilden, um ein klares Koalitionsrecht für die Staatsarbeiter zu schaffen. Für den Aufbau eines solchen ist der Radikalismus der Sozialdemokratie schädlich, die über alles Maß und Ziel hinausgeht. Neben den christlichen Organisationen gibt es auch sogenannte neutrale Staatsarbeiterverbände, die auch der Sozialdemokratie gegenüber neutral sein wollen. Eine solche Neutralität ist aber nicht möglich, in solchen Verbänden gewinnen stets — das zeigt die Erfahrung — die Sozialdemokraten die Führung. Eine Warnung vor dem Militärarbeiterverband seitens der Behörde war deshalb durchaus am Platze. (Zust. rechts.)

Weinhausen (VP.): Die Antwort der Regierung hat uns wenig befriedigt, sie hat bewiesen, daß das Koalitionsrecht dringend des Ausbaues bedarf. Der Staatssekretär hat auch die Gewerkschaftsenzyklika in einer Weise verteidigt, die dem Zentrum sehr angenehm war; in den christlichen Gewerkschaftskreisen aber wird diese Enzyklika ganz anders beurteilt. (Sehr richtig! b. d. Vpt.) Dann lobt er die christlichen Gewerkschaften als besonders nützlich für den Staat. Die Staatsautorität reicht aber nicht aus, Arbeiterorganisationen zu großem Umfang heraufzuloben. (Sehr gut! links.) Der Kriegsminister erklärte, er sei sehr milde gegen den Militärarbeiterverband vorgegangen; wir haben gestern ein lebendiges Beispiel für diese Milde gesehen. (Sehr gut! links.) Die glatte Erklärung, er würde dem Verbande in Zukunft keine Schwierigkeiten mehr machen, hat er nicht abgegeben. Er verwies auf die Arbeiterausschüsse und meinte, ein Bedürfnis nach weiteren Instanzen sei auf seiner Seite nicht vorhanden. Diesen veralteten Standpunkt der Nichtanerkennung der Organisation hat in den 80er Jahren Frhr. v. Stumm vertreten; heute ist er vollkommen überlebt. (Sehr wahr! links.) Daß das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter gewissen Beschränkungen unterliegen muß, bestreiten auch wir nicht; aber als Korrelat für diese Beschränkungen verlangen wir eine größere Sicherung der Existenz der Arbeiter, eine Beschränkung des Kündigungsrechts, einen Ausbau der sozialen Einrichtungen der Betriebe. Nach den Erklärungen der Regierung ist freilich eine Aenderung der Praxis kaum zu erwarten. Trotzdem wollen wir

mit dem groben Geschütz eines Mißtrauensvotums

nicht vorgehen, denn es handelt sich ja nicht um eine Frage der Gesamtpolitik. Wir wünschen aber, daß die Regierung ihre Stellung bald ändert. (Beifall b. d. Vpt.)

Böhle (SD.): Solange wir hier Klagen über das Vorgehen der Staatsbehörden gegen die sogenannten sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen vorbrachten, haben die bürgerlichen Parteien stets geschwiegen. Seit Jahren haben wir auf die schlechte Behandlung und die schlechte Entlohnung der Staatsarbeiter hingewiesen. Der Interpellant hat seiner Interpellation selbst die Spitze abgebrochen, indem er den Vorsitzenden des Militärarbeiterverbandes preisgab. (Widerspruch des Abg. Dr. Müller-Meiningen.) Auf die Ausführungen des Abg. Behrens brauche ich nicht einzugehen, er ist ja doch gegen alles abgebrüht. (Gr. Unruhe rechts.)

Präsident Kämpf ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.

Böhle (fortfahrend): Die Stellung der Herren rechts ist ja so verständlich, sie wollen ja auch, daß die Staatsverwaltungen den Arbeitern möglichst niedrige Löhne zahlt, Löhne, wie sie bei ihnen selbst üblich sind. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Das Zentrum hat sich auch in Bayern gegen das Streikrecht der Staatsarbeiter gewendet und die Unterdrückung des Eisenbahnerverbandes verlangt. Der Minister v. Frauendorfer lehnte dies ab, weil durch die Unterdrückung doch nicht die sozialdemokratischen Gedanken unterdrückt werden könnten. Er empfahl mehr Sozialpolitik. Seinem Nachfolger blieb es vorbehalten, schärfer gegen die Staatsarbeiter vorzugehen. In Bayern herrscht jetzt ein System der Nachschnüffelei, das direkt zur Gesinnungslumperei führen muß, höher qualifizierte Arbeiter treten überhaupt nicht mehr in den Staatsdienst ein. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Kriegsminister beschwerte sich über die verhetzende Schreibweise des „Militärarbeiter“. Aber von dem, was dort über die Verhältnisse in den Betrieben geschrieben ist, ist nicht ein Wort übertrieben. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Kriegsminister will keinen Agitator, sondern einen Arbeiter an der Spitze des Verbandes; aber ein Vorsitzender, der im Betriebe tätig ist, würde nach sehr kurzer Zeit aus der Werkstatt hinausschikaniert sein. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Wünsche der Arbeiterausschüsse, sagte der Kriegsminister, werden genügend gehört. In der Tat haben die Arbeiterausschüsse gar keinen praktischen Wert, sie dürfen nicht miteinander in Verbindung treten, die Tagesordnung ihrer Sitzungen wird von dem Betriebsvorstand festgesetzt, sie können ohne weiteres aufgelöst werden, sie sind nicht berechtigt, Wünsche oder Beschwerden einzelner Arbeiter entgegenzunehmen oder vorzubringen. (Hört, hört! links.) Vielfach weigern sich die Arbeiter, dem Arbeiterausschuß anzugehören, weil sie wissen, sobald sie Rückgrat zeigen, werden sie entlassen. Der Staatssekretär Delbrück verkündete gestern, eine Einschränkung des Koalitionsrechts sei möglich durch privatrechtliche Abmachungen. Also

Privatverträge gehen über das Reichsrecht!

Es ist das stärkste, was die Regierung sich leisten konnte. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Dadurch wird das Koalitionsrecht nicht nur der Staatsarbeiter, sondern aller Arbeiter illusorisch gemacht. Die freiorganisierte Arbeiterschaft wird diese Kriegserklärung, die der Staatssekretär im Namen des Reichskanzlers abgab, aufnehmen, und sie wird den Kampf siegreich durchführen; dessen seien Sie gewiß! (Beif. b. d. Soz.)

Schwarz (Z.): Aus den Angriffen gegen die Enzyklika spricht nur der Ärger der Linken, daß die christlichen Gewerkschaften es nicht nötig haben, in das Lager der freien Gewerkschaften überzugehen. Deren Terrorismus nimmt in den Staats- und Privatbetrieben so überhand, daß sie und ihre Hintermänner es sich selbst zuzuschreiben haben, wenn es deswegen zu Ausnahmegesetzen kommt. (Sehr richtig! i. Ztr.) Daß in Nürnberg eine ganze Anzahl christlicher Arbeiter terrorisiert worden sind, ist doch Tatsache. (Zuruf b. d. Soz.) Wenn ich Ihre Zwischenrufe höre, muß ich immer daran denken, wie sich Ihre eigenen Parteigenossen in Stuttgart gegenseitig anfeinden. (Bravo! im Ztr.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr (Interpellation Albrecht (Soz.) betr. Wagenmangel, Wahlprüfungen, Denkschrift über die Anstellungsverhältnisse der Postassistenten.)

Schluß: 6½ Uhr.

Aus der Partei.

Parteitag für Ostpreußen. Am Sonntag, dem 8. Dezember, fand in Tilsit der sozialdemokratische Parteitag für Ostpreußen statt. Anwesend waren 63 Delegierte aus zwölf Wahlkreisen, sowie eine Reihe Gäste, darunter Gen. Haase-Berlin als Vertreter des Parteivorstandes und Genosse Boeske-Berlin als Vertreter des preußischen Landesvorstandes. Obwohl die Veranstaltung eine geschlossene war, da nur Mitglieder des Bezirksverbandes geladen waren, und eine strenge Kontrolle ausgeübt wurde, sah die Polizei doch die Veranstaltung als eine öffentliche an und „überwachte“ trotz Protestes den Parteitag. Genosse Haase-Berlin hielt ein glänzendes Referat über die politische Lage und besprach die gegenwärtige äußere und innere Politik. Großen Eindruck erregten unter den ostpreußischen Delegierten seine Schilderungen über den internationalen Kongreß in Basel. Parteisekretär Linde gab den Tätigkeitsbericht des Bezirksvorstandes. Bei den Reichstagswahlen sei in Ostpreußen ein Stimmenzuwachs von 6740 erzielt worden. Er entrollte ein Bild von der mühevollen Agitation, die in Ostpreußen entfaltet worden ist. Am 1. Juli 1912 waren in Ostpreußen 8889 Mitglieder in den sozialdemokratischen Vereinen. Es gibt in Ostpreußen 23 sozialdemokratische Gemeindevertreter, und zwar in Königsberg, Tilsit, Memel und Osterode. Mit Hilfe des Parteivorstandes soll jetzt in Ostpreußen eine Wanderbibliothek eingerichtet werden. In der Debatte über den Tätigkeitsbericht des Bezirksvorstandes wurde eine lebhaftere Agitation in der Zeit gewünscht, in der keine Wahlen stattfinden. Insbesondere wünscht man die Anstellung eines besoldeten Parteisekretärs für die Wahlbezirke Tilsit-Niederung, Memel-Heydekrug und Ragnit-Pillkallen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften hier erstarkt seien, infolgedessen sei auch der Boden für eine politische Bewegung vorhanden. Es wurde ein Antrag angenommen, der den Bezirksvorstand ersucht, zwecks Anstellung einer besoldeten Agitationskraft für die nordöstlichen Kreise der Provinz Ostpreußen (das sind die eben genannten Wahlkreise) in Verhandlungen einzutreten. Weiter wurde der Bezirksvorstand beauftragt, im Winter in den vorgeschrittenen Wahlkreisen Diskussionsabende bezw. Bildungskurse zu veranstalten. Über den Punkt Landtagswahlen referierte Genosse Gottschalk-Königsberg. Er beantragte die Annahme folgender Resolution: Der Bezirksparteitag fordert die Kreisvereine auf, die Landtagswahlen im nächsten Jahre zu gründlicher politischer Aufklärungsarbeit auszunutzen, überall in Wort und Schrift die entrechteten Volksmassen zur Bekämpfung des geltenden volksfeindlichen Wahlrechts aufzurufen und, wo es möglich ist, unter Aufstellung sozialdemokratischer Wahlmänner sich an den kommenden Landtagswahlen zu beteiligen. Er betraut mit der Vorarbeit der Wahlangelegenheiten unseres Bezirks den Bezirksvorstand, der im Einvernehmen mit den Kreisvereinen zu arbeiten und die Verhandlungen mit dem Zentralwahlkomitee zu führen hat. Diese Resolution fand Annahme, und der Referent wies darauf hin, daß die Freisinnigen in Ostpreußen mit den Nationalliberalen bereits ein ähnliches Kartell zu den Landtagswahlen geschlossen hätten, wie bei den Reichstagswahlen. Ausgeschlossen hiervon wäre nur Insterburg-Gumbinnen; hier wäre noch keine Einigung zustande gekommen. Die Liberalen werden allem Anscheine nach mit Energie eine Reihe bisher konservativer Mandate umwerben. Ein liberaler Wahlerfolg ist auch in manchen ostpreußischen Wahlkreisen nicht ausgeschlossen. Sie können den Konservativen in einer Reihe Kreise recht unangenehm werden. Die Sozialdemokratie wird auch in einigen ländlichen Kreisen in die Wahlbewegung eintreten. Unter welchen Bedingungen die Unterstützung der Liberalen zulässig ist, wird also auch in Ostpreußen für die Partei praktische Bedeutung gewinnen. Es wurde dann eine Reihe Anträge zum Statut angenommen. Die Änderungen waren notwendig mit Rücksicht auf die Beschlüsse des Parteitages in Chemnitz. Darauf erfolgte Schluß des Bezirksparteitages, der einen vorzüglichen Verlauf genommen hat.

Die sozialistische Partei Argentiniens. Für unsere argentinische Bruderpartei war das verflossene Jahr eine Zeit harter Arbeit, aber auch vielversprechender Erfolge. In seinem Jahresbericht läßt der Parteivorstand die einzelnen Phasen der Bewegung der letzten zwölf Monate Revue passieren; insbesondere werden die Parlamentswahlen und die Tätigkeit der beiden neu erwählten, der ersten sozialistischen Abgeordneten des Landes, eingehend behandelt. Im Februar war endlich ein besseres Wahlgesetz zustande gekommen, das die geheime und obligatorische Abstimmung enthielt und ein Proporzsystem einführte. Dadurch wurde der jungen Partei die Aussicht eröffnet, zu einer, ihrer Stimmenzahl entsprechenden Vertretung im Parlament zu kommen. Sofort nach Schluß des alten Parlaments setzten die Sozialisten mit einer Propaganda großen Stils ein. Die größte Schwierigkeit der Agitation bestand im Mangel an Geld. Der Zentralkassierer unternahm seine große Aufgabe mit einem Kassenbestand von knapp 83 Pesetas, das ganze Barvermögen der Partei. Der Appell an die Opferwilligkeit

---

Wir führen einen gottgefälligen Lebenswandel! Derlei darf bei uns nicht passieren.“

Fritz Korn brauste auf.

„Wie können Sie sich erdreisten, von Unanständigkeiten zu sprechen?“ rief er.

„Er will sich noch mausig machen!“ sprach die Pfarrerin mit so hochmütigem Ton, als ihr möglich war. „Augenblicklich hat Er unseren Grund und Boden zu verlassen, sonst werde ich die Polizei zu Hilfe rufen. Ohnehin treibt sich viel arbeitsscheues Gesindel umher, und man wird die Polizei darauf aufmerksam machen müssen, daß man sogar auf seinem eigenen Anwesen mit frechen Worten belästigt wird.“

Fritz wollte zornig auffahren, aber Hermine hieß ihn schweigen. Sie hatte ihre Fassung wieder gewonnen.

„Beleidigen Sie den Mann nicht, den ich liebe!“ meinte sie ernst.

Die Pfarrerin lachte laut und höhnisch auf. „Eine Liebschaft mit einem Tischlergesellen! Hahaha! Na, das Fräulein ist ja bekannt dafür, daß sie kleinen Abenteuern nicht abgeneigt ist. Aber ich werde zu Ihrer Tante gehen und ihr anempfehlen, Sie an einen andern Ort zu bringen, wo Sie so romantischen Anwandlungen weniger ausgesetzt sind.“

„Mit meiner Tante kann ich selber sprechen, und werde es auch sogleich tun. Übrigens werde ich Ihr Haus ohne weiteres Zaudern verlassen. Sie können uns ja eine Rechnung machen für die Wohnung und Bewirtung in Ihrem Hause!“

„Jetzt wird mir's zu bunt,“ schrie die Pfarrerin. „Ich muß nun meinen Mann holen, damit er den Eindringling, den Tischlergesellen, aus dem Garten jagt. Und Ihnen, mein Fräulein, gratuliere ich bestens zu dieser beneidenswerten Errungenschaft,“ schloß sie giftig mit einem spöttischen Knix und eilte davon.

„Da sieht man, wie schon nach einigen Minuten die Kunst der Vorurteile wieder aufflackert,“ sprach er trübe.

Sie sah ihm entschlossen in die Augen.

„Das laß Dich alles nicht anfechten. Ich werde die Sache mit der Tante schon ins Reine bringen. Verlaß Dich auf mich, aber dem Streit mit dem Pfarrer geh' lieber aus dem Wege!“

„Du hast recht!“

„Und nun laß mich machen,“ tröstete sie. „Ich fühle mich stark genug, der ganzen Welt zu trotzen.“

Fünftes Kapitel.

Liebesfrühling.

Der Herr Professor Crusius hatte sich in einem Gartenhause zu Ober-Stützenbach für den Sommer häuslich eingerichtet und eine ansehnliche Bücherei mitgebracht, denn ohne eine solche konnte er nicht leben. Draußen war goldiger Sonnenschein, bunte Schmetterlinge wiegten sich auf den Blütenteichen, Vögel zwitscherten und Käfer summten, und von der steilen Berghalde drüben trug ein leiser Lufthauch das Glöckchengebimmel der weidenden Kühe daher. Aber der Herr Professor kümmerte sich zurzeit gar nicht um diese Dinge. Er saß in seinem Gartenhause, über einen Tisch gebeugt, der voll aufgeschlagener Bücher und alter Manuskripte lag. Wie manch ein deutscher Gelehrter mochte er es nicht leiden, wenn die Sonnenstrahlen auf seine Pergamente und auf die alten Folianten mit den groben schweinsledernen Einbänden fielen. Deshalb schloß er am Tage die Läden und studierte bei Lampenlicht; so geriet es bei ihm am besten. Das kleine Männchen mit der runzligen gelben Haut im Antlitz, mit dem kahlen Schädel, mit der großen Hornbrille und mit dem abgeschabten Anzug, über den Büchern kauernd und in den Papieren kramend, hatte auf den ersten Blick etwas Koboldartiges, und die Augen schienen sich lauernd hinter der Hornbrille zu verstecken. Kannte man den Mann aber näher, so fand man, daß er zwar einige professorenhafte Marotten und Schrullen hatte, aber sonst ein ganz vortrefflicher Mensch von starkem Geist und von gesunden Anschauungen war.

Er war so in seine Studien vertieft, daß er das leise Geräusch von Tritten auf dem Kiespfad des Gartens, das durch die geschlossenen Fenster und Läden drang, nicht vernahm. Nun aber fuhr der Laden samt dem Fenster neben ihm auf und ein blendender Lichtstrom, ein förmliches Bündel von goldenen Sonnenstrahlen, wälzte sich zum Fenster herein. Die Sonnenstäubchen wirbelten auf und der Professor schaute mit geblendeten Augen zwinkernd in die ungewohnte Helle. Er zog unmutig die Stirn in Falten; aber da scholl ein silberhelles Lachen vom Fenster her und Hermine stand da, freudestrahlenden Antlitzes.

„Guten Tag, Professorchen,“ rief sie herein.

Die Stirnrunzeln des Professors verschwanden.

„Hätte mir es doch gleich denken können,“ rief er lachend, „daß solch ein feindlicher Überfall von niemandem kommen kann, als von der wilden Hummel, Fräulein Hermine Tychsen, die sich im Stützenbacher Tal herumtreibt und allerlei romantische Abenteuer besteht.“

„So, so!“ meinte Hermine. „Wissen Sie aber auch, Professor, wie Sie mir heute vorkommen?“

„Wie denn? Da wird wieder ein netter Vergleich kommen.“

(Fortsetzung folgt.)

der Arbeiter war aber nicht vergeblich gemacht. Dank der freiwilligen Beiträge konnte die Zentralkasse 7477 Pesetas für die Wahlagitation verwenden, die Gruppen brachten 2052 Pesetas auf, und die sonst noch nötig gewordenen Aufwendungen wurden durch eine Anleihe von 927 Pesetas gedeckt. Zeit, Geld und Mühe waren nicht umsonst gebracht. Am 7. April wurden die Genossen Just und Palacios als sozialdemokratische Abgeordnete gewählt. Von den 124 412 eingeschriebenen Wählern der Hauptstadt des Landes, Buenos Aires, hatten 18 752 für die sozialistischen Kandidaten gestimmt. In der Provinz Buenos Aires mußte der Wahlkampf ohne feste ausgedehnte Organisation geführt werden, auch fehlte es an Leuten für die Besetzung der Wahllokale und Ueberwachung der Zählung, was in dem Land, wo die politische Korruption ziemlich üppig gedeiht, sehr notwendig ist. Dessen ungeachtet brachte die Provinz 4000 sozialistische Stimmen. Auch in den Provinzen Rosori und Cordoba entsprachen die Stimmergebnisse den Erwartungen. Diese Erfolge erfüllten die Arbeiterschaft mit berechtigter Freude. Die Maifeier wurde zur Siegesfeier, an der 40 000 Mann teilnahmen. Es ist dies die größte Demonstration, die die Straßen der Hauptstadt jemals gesehen haben. Das neue Parlament und seine Debatten erhielten durch die zwei Sozialisten größere, ernstere Bedeutung. Bei allen wichtigeren Fragen präzisierten sie die Stellung der Partei und die Forderungen des sozialistischen Proletariats. Am 31. Juli begann die große Debatte über die Lebensmittelteuerung. Unsere Genossen forderten die Abschaffung der indirekten, die Nahrungsmittel des unteren Volkes verteuernden Abgaben und verlangten eine Wertzuwachssteuer für den Grundbesitz. Weiter legten sie Entwürfe von Gesetzen vor, die die Reform der Naturalisation, den loyalen Schutz der Arbeiterorganisationen, die Unfallversicherung, Reorganisation des staatlichen Arbeitsamtes, Revision des Zolltarifs und noch andere Materien betreffen. Zur Zeit des letzten Kongresses zählte die Parteiorganisation 35 Gruppen, wovon 20 auf das Land und 15 auf die Hauptstadt kommen. Die letzteren hielten im Berichtsjahr außerhalb der Wahlkampagne 150 Versammlungen ab und verbreiteten 14 750 Flugblätter und 2500 Broschüren. Die fünf Arbeiterblätter haben noch eine geringe Verbreitung. Ihre Gesamtauflage ist (monatlich) 3300 Exemplare. Die Vereinsbibliotheken bergen insgesamt 21 568 Bücher. Von der Parteimitgliedschaft sind 60 % Argentinier und 40 % Ausländer. Die Totaleinnahmen der Parteigruppen beliefen sich im letzten Jahre auf 15 264 Pesetas, das ist gegen das Vorjahr eine Zunahme um 53 %.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Aussperrung in der Metallindustrie in Menden ist zur Tatsache geworden. Seit Montag früh haben die Unternehmer ausgesperrt. Die Stimmung der christlichen Arbeiter in den letzten Versammlungen am Vorabend des Kampfes war nicht gerade begeistert. In den Versammlungen teilten die christlichen Gewerkschaftsführer mit, daß jeder Ausgesperrte, der bis zum letzten Arbeitstag, dem Samstag voriger Woche sich dem christlichen Metallarbeiterverband angeschlossen habe, während des Kampfes unterstützt werde. Daß die Christen dies tun, beweist, daß sie die Situation für recht schwierig halten. Von der Aussperrung sind etwa 2500 Arbeiter betroffen. Der christliche Metallarbeiterverband hat im Aussperrungsgebiet rund 1200 Mitglieder. Alle Betriebe, die dem Arbeitgeberverein angeschlossen sind, haben bis zu zehn Prozent der Arbeiter ausgesperrt.

Eine Zahlstelle des Landarbeiterverbandes für politisch erklärt. Die Ortsgruppe Haynau des Landarbeiterverbandes wurde gemeinsam mit dem Gewerkschaftskartell für „politisch" erklärt. Eine gegen diese Polizeiweisheit eingelegte Beschwerde ist am Sonnabend vom Regierungspräsidenten in Liegnitz glatt abgewiesen worden. Die Behörde geht jetzt gegen die benachbarten Ortsgruppen in gleicher Weise vor.

Zur Lohnbewegung in der Binnenschiffahrt bringen bürgerliche Blätter die in den ersten Verhandlungen am 4. Dezember vom Unternehmerverband für Binnenschiffahrt abgegebene Erklärung mit dem Zusatz: Die Arbeitnehmer hatten ganz erheblich höhere, unerfüllbare Forderungen gestellt, scheinen aber angesichts der Einigkeit der Unternehmer sich mäßigen zu wollen. Die beteiligten Organisationen erklären zu dieser wahrscheinlich von den Unternehmern in die bürgerliche Presse lancierten Notiz, daß die Einigkeit und die vollkommene Solidarität der gesamten Mannschaften beider Arbeitnehmerorganisationen mustergültig ist. Die Zukunft wird den vollgültigen Beweis dafür erbringen.

Ein sensationeller Freispruch. Vor der Berufungskammer des Essener Landgerichts wurde am Sonnabend der bekannte „Heinrichbriefprozeß" in zweiter Instanz verhandelt. Die Vorgeschichte des Prozesses ist kurz folgende: Am 3. September 1910 veröffentlichte der „Bergknappe", das Organ des christlichen Gewerkvereins der Bergarbeiter Deutschlands, einen Artikel unter der Überschrift: „Ein neuer Schurkenstreich geplant", worin mitgeteilt wurde, daß der Redaktion des „Bergknappen" ein mit „Dein Heinrich" unterzeichneter Brief durch die Post zugegangen sei, der darauf schließen lasse, daß man im Lager des deutschen Bergarbeiterverbandes am Werke sei, zur bevorstehenden Knappschaftswahl in letzter Stunde schwere Verleumdungen gegen den Gewerkverein resp. gegen Führer desselben zu verbreiten. Der Brief sei in Dortmund mit dem Poststempel versehen worden und der Absender habe sich wahrscheinlich bei der Kuvertierung geirrt. Kurz vor der Knappschaftswahl im Ruhrgebiet veröffentlichte auch der „Bergknappe" den „Heinrichbrief" in Faksimile. Unsere Parteipresse im Ruhrgebiet brachte das Faksimile einige Tage später und im Vergleich dazu die Handschrift des Gewerkvereinssekretärs Häskes, die sehr viel Ähnlichkeit aufwies. Das schlug wie eine Bombe unter die Bergarbeiterschaft ein und allgemein wurde die Meinung vertreten, daß der Gewerkvereinssekretär der Macher des Briefes gewesen sei, um dem Gewerkverein einen guten Agitationsbluff zu verschaffen. Da erschien am 17. November 1910, am Tage der Knappschaftswahl, ein kurz gefaßter Laufzettel mit der sensationellen Überschrift „Briefschreiber gefunden!" Arbeitersekretär Gen. Heinrich Auf der Straße-Bochum wurde beschuldigt, der Briefschreiber des „Heinrichbriefes" zu sein. Der Angeschuldigte erhob sofort Privatklage und nach endlosen Verschleppungen fällte endlich in diesem Frühjahr das Essener Schöffengericht sein Urteil dahin, daß der Verfasser und gleichzeitig verantwortlich Zeichnende des Artikels im „Bergknappen" und des Beschuldigungsflugblattes, Redakteur Heinrich Imbusch zu 500 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde. Die Berufungskammer hob nun das Schöffengerichtsurteil auf, stellte dem Angeklagten den Schutz des § 193 zur Seite und sprach ihn frei. Dem Kläger fallen damit die enormen Kosten zur Last, die der Prozeß bis jetzt verursachte. Sind doch außer den zahlreichen Zeugen drei Sachverständige — Dr. Jeserich, Dr. Look und Dr. Meier — eingehend bemüht worden, um den Briefschreiber zu ermitteln. Alle drei Sachverständige bekundeten, daß Genosse Auf der Straße der Briefschreiber nicht gewesen sein kann; dem Angeklagten Imbusch ist auch nachgewiesen, daß er bodenlos leichtfertig den Kläger als Briefschreiber beschuldigt hat, trotzdem — der Kläger zahlt die Kosten.

Beendeter Streik in der Textilfabrik von Eck in Kulmbach. Nach einem einwöchigen Streik hat die Firma J. W. Eck die Erklärung abgegeben, organisierte Arbeiter ihres Betriebes nicht mehr zu entlassen. Sie bedinge sich nur aus, daß die Agitation innerhalb des Betriebes unterbliebe. Nach dieser Erklärung wurde der Streik aufgehoben. Hoffentlich schließen sich nun die Arbeiter samt und sonders der Organisation an.

Soziales.

Wahlen zur Privatangestelltenversicherung. In Stettin waren 13 Listen eingereicht worden, von denen die größeren folgende Stimmen auf sich vereinigten: Freie Vereinigung 613, Verein deutscher Kaufleute 532, Verband für weibliche Angestellte 462, Deutschnationaler Verband 292, Leipziger Verband 367, Techniker-Verband 286, 58er Kommisverein 212. Die Freie Vereinigung mit zwei verbundenen Listen erhielt zwei Vertrauensmänner und drei Ersatzmänner, während die neun Listen des Hauptausschusses zwei Vertrauensmänner und fünf Ersatzmänner erhielten. — Im Landkreise Bielefeld wurden für die Liste des Hauptausschusses und der Herren von der Bodelschwinghschen Anstalt Bethel 410 Stimmen abgegeben, für die Freie Vereinigung 54. Die Freie Vereinigung erhält einen zweiten Vertrauensmann, der Hauptausschuß drei Vertrauensmänner, drei erste und zwei zweite Ersatzmänner.

Kommunales.

Zum Kapitel Fleischeinfuhr. Die Stadt Mannheim hat vom 10. Oktober bis 25. November 264 Stück Großvieh aus Holland eingeführt im Gesamtgewicht von 71 241 Kilogramm. Außerdem 1199 Stück Schweine im Gewicht von 91 639 Kilogramm. Das Fleisch wurde von einer Anzahl Metzger zu den von der Stadt festgesetzten Preisen verkauft. Es konnte ursprünglich zu 84 Pfg. pro Pfund abgegeben werden; schließlich aber stieg der Preis auf 92 Pfg. Trotzdem wird der Einkauf fortgesetzt werden. Die preußische Regierung hat die Erlaubnis erteilt, probeweise einen Waggon russisches Fleisch einzuführen. Mit der Begründung, russisches Fleisch sei qualitativ schlecht, lehnt nun die Fleischerinnung den Verkauf dieses Fleisches ab. Auch die Händler erhoben Protest gegen die Vieheinfuhr; sie wollen, wenn der Import nicht eingestellt wird, den Mannheimer Viehhof boykottieren. Dessenungeachtet beschloß der Stadtrat, weiterhin Vieh aus Holland und Fleisch aus Rußland einzuführen und den Verkauf des russischen Fleisches in eigener Regie auf eigenen Ständen vorzunehmen.

Aus dem Gerichtssaal.

Tendenzjustiz gegen einen Vertreter der Massenstreikidee. „Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze" wurde in Berlin dem Redakteur Friedr. Köster, dem Leiter der sozialrevolutionären Zeitschrift „Pionier", zur Last gelegt. Am 29. Mai 1912 hatte die Nr. 22 des „Pionier" einen Artikel über „Die paradoxe Sozialdemokratie" veröffentlicht, der gegen einen in Nr. 30 der „Neuen Zeit" zum 1. Mai veröffentlichten Artikel Kautskys polemisierte und die parlamentarische Aktion der Sozialdemokratie verwarf. Der Artikel des „Pionier" kam zu dem Schluß, daß die schließliche Expropriation der Kapitalisten, wie der Marxismus sie in Aussicht stelle, nur durch Verweigerung jeglicher Lohnarbeit zu erreichen sein werde. Die Arbeiterklasse müsse unter Verzicht auf Tarifverträge ständig auf dem Ausguck sein, durch Solidaritäts- und Massenstreiks die bürgerliche Gesellschaft in dauernder Beunruhigung halten, und so weiter. Hierin sollte eine Aufforderung zum Generalstreik liegen, der nach Auffassung der Staatsanwaltschaft die Plötzlichkeit des Ausbruches zur Voraussetzung habe und daher ohne Kontraktbruch nicht möglich sei. Es sei also zum Kontraktbruch aufgefordert. Wegen dieses Artikels stand am 9. Dezember Köster vor der siebten Strafkammer des Landgerichts 1 Berlin unter der Anklage, zum Ungehorsam gegen die Gesetze aufgefordert zu haben. Vor der Verlesung des zur Anklage gestellten Artikels beantragte Staatsanwalt Weißmann, die Oeffentlichkeit auszuschließen, weil die Staatssicherheit gefährdet werden könnte. Das Gericht entschied, zunächst liege kein Anlaß vor, die Oeffentlichkeit auszuschließen. Zu dem Artikel, der dann verlesen wurde, erklärt der Angeklagte Köster, er habe bei der Aufnahme des nicht von ihm selber verfaßten Artikels aus keiner Zeile eine Aufforderung herausgelesen. Es handle sich um eine theoretische Betrachtung über die Kampfesweise der Syndikalisten, die es für vorteilhaft halten, überhaupt keine Tarifverträge abzuschließen. Im Anschluß hieran sei ein Bild der Möglichkeiten gegeben worden, die bei Verzicht auf Tarifverträge eintreten müßten, und der Wirkungen, zu denen dann die Verweigerung der Arbeit führen würde. Als Sachverständiger wurde auf Antrag des Verteidigers der Professor Jastrow darüber vernommen, was der Anarchismus wolle. Die Auffassung der „Propaganda der Tat" als einer Anwendung von Gewalt zur Beseitigung des Staates ist nach Ansicht des Sachverständigen bei deutschen Anarchisten nicht anzutreffen. Unter „direkter Aktion" seien zumeist Mittel wirtschaftlicher Art gemeint, Syndikate, auch Konsumgenossenschaften usw. Der Staatsanwalt liest aus dem Artikel eine Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze heraus. Die Strafe müsse mit Rücksicht auf die Gefährlichkeit solcher Aufforderungen hoch sein und sei auf 6 Monate Gefängnis zu bemessen. Der Verteidiger beantragte Freisprechung. Das Gericht habe nicht zu urteilen über die Anschauung des Angeklagten. Jedem Staatsbürger werde ja durch die Verfassung das Recht, seine Anschauung zu vertreten, gewährleistet. In dem Artikel werde mit keiner Silbe vom Generalstreik, sondern nur von Massenstreiks gesprochen. Massenstreiks seien doch gesetzlich erlaubt; das Recht auch zu solchen sei doch durch die Gewerbeordnung ausgesprochen. Das Gericht kam nach längerer Beratung zu einer Verurteilung. Es könne zugegeben werden, daß der Artikel zunächst eine theoretische Auseinandersetzung sei. Nachher gehe er aber zu einer Aufforderung über, zu einer direkten Beeinflussung, die der unbefangene Leser erkennen müsse. Daß dies der Wille des Verfassers gewesen sei, werde durch die ganze Ausdrucksweise bewiesen. Aufgefordert solle werden zum Ungehorsam gegen die Gesetze, die die Einhaltung der Kündigungsfrist vorschreiben. Das ergebe sich aus den Sätzen, die von den ständigen Beunruhigungen durch Solidaritäts- und Massenstreiks reden, von Erschütterungen über Erschütterungen, bei denen die Furcht den Regierungsleuten in die Knochen fahren werde. Solche Ausdrücke seien nur daraus zu erklären, daß an plötzliche Arbeitseinstellungen gedacht wurde und zu ihnen aufgefordert werden sollte. Hiermit habe der Angeklagte sich schuldig gemacht der Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetzesbestimmungen über die Kündigungsfrist. Mit Rücksicht auf die „Gefährlichkeit seines Tuns" sei auf einen Monat Gefängnis erkannt. — Man mag zu den Anschauungen des Verurteilten stehen wie man will, aber das eine steht — auch nach bürgerlichen Rechtsbegriffen — unbedingt fest, daß er zu Unrecht verurteilt ist. Die Verurteilung enthält zugleich eine Verletzung der Verfassung, nach der es jedem Staatsbürger ausdrücklich erlaubt ist, seine Meinung frei zu äußern. Weiter hat der Verurteilte nichts getan. Er hat, wie er ganz glaubhaft geltend machte, theoretische Betrachtungen angestellt, die noch nicht einmal in Rußland oder einem andern wilden Lande verboten sind. Absolut und rechtlich falsch ist es ferner, daß das Gericht, um überhaupt nur eine Verurteilung zu ermöglichen, die Gewerbeordnung unter die Gesetze zählt, die unter den § 110 des Strafgesetzes fallen. Wäre das zulässig, dann dürfte kein Scharfmacher in Deutschland mehr frei herumlaufen, sie alle gehörten dann von Rechts wegen ins Zuchthaus! Denn welcher Scharfmacher hat noch nicht in Wort und Schrift zum Ungehorsam gegen die Arbeiterschutzgesetze aufgefordert? Es ist also Tendenzjustiz, die aus dem Urteil spricht, das unverhüllte Bestreben, den Kapitalistenstaat vor eingebildeten Gefahren zu retten. Das ist eine Aufgabe, die mit unparteiischer Rechtsprechung nichts zu tun hat.

Zweifaches Todesurteil. Das Schwurgericht in Beuthen verurteilte den Grubenarbeiter August Wiczorek wegen Überfalles, vorsätzlicher Beraubung und Tötung, sowie den Arbeiter Kudelko wegen Beihilfe an der Ermordung des Gastwirtes Cohn in Klimsawiese bei Beuthen, beide zum Tode und den Arbeiter Niesar wegen Beihilfe zu neun Monaten Gefängnis, wovon fünf Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet sind.

Acht Jahre Zuchthaus für eine betrügerische Ordnungsstütze. In Göttingen wurde der frühere Andreasberger Vertreter der inzwischen in Konkurs geratenen Göttinger Bank Aktiengesellschaft, der 57 Jahre alte Bankier Gustav Schmidt, wegen Betrugs zu acht Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es: Von den hundert Anklagefällen scheiden vierundzwanzig aus, weil sie nicht genügend aufgeklärt werden konnten. Dagegen mußte in sechsundsiebzig Fällen Verurteilungen erfolgen. Die Bewilligung von mildernden Umständen ist vollständig ausgeschlossen, denn Schmidt hat geradezu gemeingefährlich gehandelt. Er hat in beispiellos verabscheuungswürdiger Weise das öffentliche Vertrauen gemißbraucht und namenloses Unglück und Elend über den Oberharz gebracht. Er hat eine unglaublich ehrlose Gesinnung an den Tag gelegt, indem er in der skrupellosesten Weise im Landsitz des Kapitalisten, im Hause des Industriellen und des Kaufmanns, aber auch in einsamen Forsthäusern und sogar in der Hütte des Berginvaliden seine Opfer suchte und fand. Nur wegen des hohen Alters des Angeklagten und mit Rücksicht darauf, daß die von der Göttinger Bank Aktiengesellschaft ausgeübte Kontrolle zu wünschen übrig gelassen hat, wurde unter das von der Staatsanwaltschaft beantragte Strafmaß von zwölf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust heruntergegangen. Für etwa 140 000 Mk. des von Schmidt verursachten Schadens hat die Konkursmasse der Göttinger Bank aufzukommen. Schmidt nahm das Urteil vollkommen apathisch entgegen.

Eine Korruptionsaffäre unter zukünftigen Richtern wird dem „B. T." aus Köln gemeldet: Von den dortigen Justizbehörden wurde vor einiger Zeit festgestellt, daß eine Anzahl von Referendaren ihre schriftlichen Arbeiten von einem Rechtsanwalt in Saarbrücken gegen Bezahlung anfertigen ließ. In die Angelegenheit war auch ein Kölner Rechtsanwalt verwickelt, der einen Referendar an seinen Saarbrücker Kollegen verwies. Das Kölner Schöffengericht verurteilte den Kölner Rechtsanwalt zu 1500 Mark Geldstrafe. Bei dem Saarbrücker Rechtsanwalt wurde eine Liste vorgefunden, die die Namen der Referendare enthielt, die sich ihre Arbeiten hatten anfertigen lassen. Die Folge davon war die Kassierung einer Anzahl von Assessoren und Referendaren, sowie des Saarbrücker Rechtsanwalts.

Aus Nah und Fern.

Der Bankräuber Bruning hat nach weiteren Ermitelungen auf Ländereien, die er in Kanada erworben hat, bereits 36 000 Mark angezahlt. Die Werte sind zugunsten der bestohlenen Bank auch noch vorhanden und kommen zu den beschlagnahmten 117 000 Mark hinzu. In seinen Briefen schilderte Bruning seinen Landerwerb in den glänzendsten Farben. Er schreibt von einer herrlichen Gegend mit großen Waldungen und machte seinen Schwager und seine Schwester darauf aufmerksam, daß sie später mit ihrer Familie nachkommen und sich gleichfalls eine Farm erwerben könnten. Die Anzahlung, die Bruning auf die Ländereien machen mußte, zwang ihn, sich weitere Geldmittel senden zu lassen. Bruning hatte mit seinen Verwandten in Engter alle möglichen klug ausgedachten Vorkehrungen getroffen, um der Entdeckung seines Aufenthaltsortes vorzubeugen. So verkehrte er mit ihnen nur durch Chiffrebriefe. Diese vereinbarten Chiffren waren Zahlen, die ihre Bedeutung wiederholt wechselten. Nach den letzten Meldungen sind in Winnipeg zugleich mit dem Brief, der die 50 000 Mk. enthielt, noch zwei andere Briefe beschlagnahmt worden, die das Ehepaar Hatke mit dem ersten Brief abgesandt hatte. Ihr Inhalt liefert, wie verlautet, für die weitere Untersuchung wichtige Anhaltspunkte. Um den Betrieb auf der kleinen Wirtschaft Hatkes in Engter nicht zugrunde gehen zu lassen, hat man nach der Verhaftung des Ehepaares dessen langjährigen Untermieter zum Verwalter eingesetzt. Sein Hauptaugenmerk hat der neue Verwalter zunächst darauf zu richten, Schatzgräber fernzuhalten. Das sind die Leute von Engter, die den Rest der Beute Brunings noch auf dem Gehöft vermuten. Sie erschienen schon wiederholt bei Nacht und Nebel mit Schaufeln und Hacken, um auf der Suche nach dem Schatze das Erdreich an verschiedenen Stellen zu durchwühlen.

Der Kandidat der Frauen. Arge Sumpfhühner scheinen die biederen Spießbürger von Bautzen zu sein, wenn man den Ankündigungen ihrer besseren Hälften Glauben schenken darf. Bei den kürzlich vorgenommenen Stadtverordnetenwahlen erließ ein besonderes „Frauenkomitee" in den Ortsblättern zugunsten eines Kandidaten, des Hotelbesitzers Hermann R., folgenden Aufruf:

„Ihr Frauen dringt darauf, daß Eure Männer alle Herrn Hotelier Hermann R. wählen, denn er sorgt dafür, daß unsere Männer trotz ohne Polizeistunde nachts 12 Uhr nach Hause geschickt werden. Er ist der einzige Gastwirt, der pünktlich schließt."

Eine besonders energische Dame inserierte zugunsten des auch von ihr erkürten Hotelbesitzers wie folgt: „Wählt Herrn Hotelbesitzer Hermann R., er tritt für Polizeistunde ein." Die Unterschrift dieses Inserats ist, wenn sie ernst gemeint ist, sehr bezeichnend, denn sie lautete: „Eine Eifersüchtige, die ihren Mann öfter des Nachts, mit Hemd und Regenmantel bekleidet, nach Hause holen muß."

So was kommt in Lübeck nicht vor, da sind die Männer solider und die Frauen duldsamer.

Die fällige Spionage. In Thorn wurden unter dem Verdacht des Landesverrats zwei Vizefeldwebel verhaftet und in Militärarrest abgeführt. Es sind das der Vizefeldwebel Zymni vom Inf.-Reg. Nr. 176 und der Schirrmeister Seiler vom Artillerie-Depot. Beide werden beschuldigt, an den Schuhmacher Lesniewski Material zum Weiterverkauf an Rußland geliefert zu haben. Lesniewski wurde auch verhaftet.

Niedergebrannte Überlandzentrale. Die elektrische Überlandzentrale in Achern, die der rheinischen Schuckert-Gesellschaft gehört, ist infolge des Heißlaufens eines Lagers niedergebrannt. Der Schaden ist bedeutend. Die große Leitung von Offenburg bis Rastatt und nach der Pfalz wird ein halbes Jahr lang stromlos bleiben.

Ein eisernes Kreuz zu verkaufen. Die Erwähnung der Veteranenfürsorge bei den Reichstagsdebatten über das Petroleummonopol erfährt eine drastische Illustration durch ein kleines Inserat in einem Zentrumsblatte in Freiburg i. B. („Freib. Bote"), das wie folgt lautet:

„Eisernes Kreuz 2. Klasse
verkauft arme Veteranen-Witwe; auch für Sammler geeignet. Schriftl. Angebote an die Geschäftsstelle des „Freib. Boten" unter E. K. Nr. 272."

Die ganze Schäbigkeit des Reichs gegen die Kriegsveteranen kommt in dieser vielsagenden Anzeige zum Ausdruck: Die Witwe muß die metallene Ehrung ihres verstorbenen Mannes in Geld umwandeln, um vielleicht nicht zu verhungern. Zugleich steckt darin auch eine Lehre für die Säbelraßler und Kriegshetzer, die Tausende von armen Veteranen-Witwen durch ihre unsinnige Politik schaffen würden.

Der Diebstahl der Kaiserkette. Im Prozeß wegen des Diebstahls der Kaiserkette wurde gestern das Urteil gefällt. Kniep erhielt sieben Jahre Zuchthaus, Hochgeschurz sieben Jahre Zuchthaus und eine Woche Gefängnis, letztere Strafe wegen falscher Namensangabe; beide wurden außerdem für zehn Jahre der bürgerlichen Ehrenrechte verlustig erklärt. Der Anstifter Bayer wurde freigesprochen, weil es sich nur um Vorbereitungshandlungen handelte. Wegen verbotenen Waffentragens wurde ihm aber eine Geldstrafe von 20 Mk. zudiktiert. Der Hehler Rolla wurde zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis, der Hehler Hamacher zu zehn Monaten Gefängnis und der Kölner Hehler Zahntechniker Thill zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Bei Rolla wurden fünf bei Hamacher und Thill je vier Monate der Untersuchungshaft angerechnet. Bayer und Thill wurden sofort auf freien Fuß gesetzt. Als straferschwerend wurde hervorgehoben, daß es sich um ein Kunstwerk von erheblichem Wert handle und daß es im öffentlichen Interesse liege, derartige Gegenstände, die in Museen ausgestellt seien, zu schützen.

Erkrankungen in einer „Ferienkolonie". In Wolfenbüttel sind bei einer Abteilung des niedersächsischen Feldartillerieregiments Nr. 46 in den letzten Tagen sieben Erkrankungen an Diphtheritis vorgekommen, von denen eine tödlich verlief.

Schiffsunglück. Mit dem englischen Schlachtschiff „Centurion" stieß ein unbekannter Dampfer zusammen. Letzterer sank.

Bauunglück. Im französischen Seebade Arcachon ist eine im Bau befindliche Villa eingestürzt. Der Bauunternehmer und vier Arbeiter wurden dabei getötet. Zwei Arbeiter sind verletzt worden.

Prinzeuche und Jungferuschaft. Vor kurzem ist im bayerischen „Herrscherhause" eine pikante Ehegeschichte vorgekommen. Einem Enkel des Prinzregenten, dem 32jährigen Prinzen Georg, der sich erst kurz vorher in der Reichsratskammer durch einr schneidige Rede gegen das Koalitionsrecht bekannt gemacht hatte, ist die ehelich angetraute Gattin, eine österreichische Prinzessin, davongelaufen, und sie hat sich bisher beharrlich geweigert, in die prinzlichen Ehegemächer zurückzukehren. Da beide katholisch sind, ist die Ehe nach kirchlichem Recht unlösbar, denn „was Gott zusammengefügt hat, das soll der Mensch nicht scheiden". Aber bei fürstlichen Personen weiß man Rat; jetzt muß das bürgerliche Gericht herhalten, um die Ehe — nicht zu scheiden, sondern für nicht vollzogen und daher als nichtig zu erklären. Wie die bürgerliche Presse meldet, ist die Sache beim obersten bayerischen Landesgericht anhängig gemacht und wird im „beschleunigten Verfahren" erledigt werden. Die Prinzessin hat dem Gericht ärztliche Atteste vorgelegt, wonach ihre Jungfräulichkeit jetzt noch besteht. Der Prinz begibt sich mit seinem Bruder auf Reisen nach Java und Ceylon, damit einstweilen Gras über die Sache wachsen kann.

Des Eifersüchtigen Rache. Unerwiderte Liebe hat in dem lothringischen Orte Oettingen einen 27jährigen Monteur zum Giftmörder gemacht. Der Monteur forderte ein Mädchen, dem er sehr zugetan war, auf, in eine baldige Heirat einzuwilligen. Da das Mädchen ablehnte, schüttete er sowohl dem Mädchen, als auch einem in demselben Hause wohnenden jungen Manne, auf den er Grund zur Eifersucht zu haben glaubte, Gift in den Kaffee. Das junge Mädchen starb unter schrecklichen Qualen, der junge Mann ringt mit dem Tode.

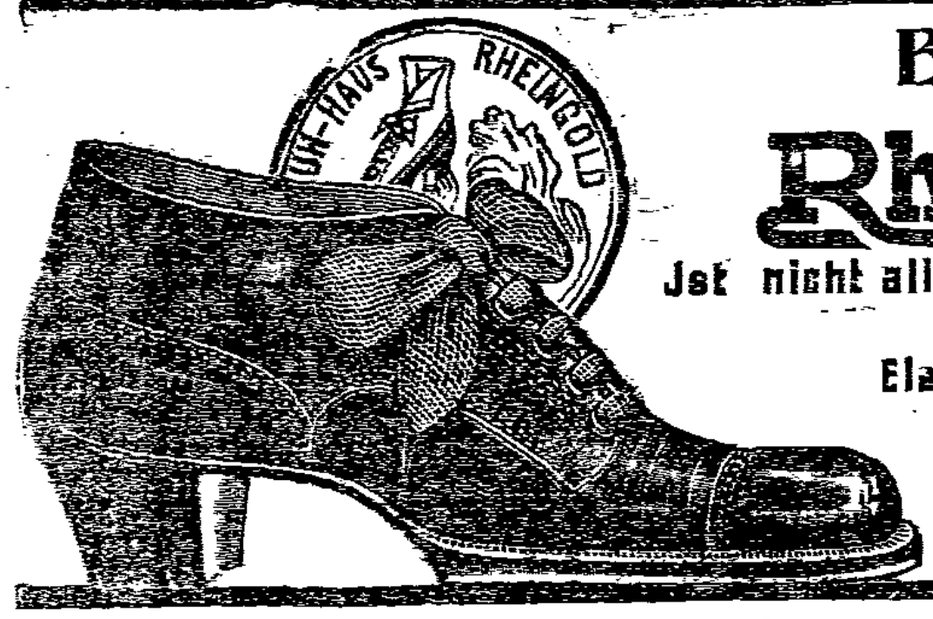
Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Neueröffnung Freitag Mittag 4 Uhr!

Ein Ereignis für Lübeck!

SCHUHHAUS „RHEINGOLD"

Breitestraße 42



Rheingoldstiefel

Ist nicht allein bekannt wegen seines billig Preises
sondern Dauerhaftigkeit und
Eleganz zeugen für seinen guten Ruf

Jedes Paar **7.50** ohne Ausnahme

Am Eröffnungstage erhält jeder Käufer ein Paar elegante Hausschuhe gratis.

5825) **Filialen in fast allen grösseren und mittleren Städten.**

Besichtigen Sie bitte dringend unser Fenster.

Verkauf lebender Butt
vom Boot aus
am Freitag, dem 13. Dezember 1912
vormittags von 8 Uhr ab 5821
an der Holstenbrücke, Mühlentorbrücke und Eutiner Brücke.

Für die vielen Geschenke und Gratulationen anläßlich unserer Hochzeit danken herzlichst.
Gustav Köhler und Frau,
5812) geb. **Frank.**

Jung. Ehepaar o. Kind. sucht z. 1. April abgeschl. **2—3-Stuben-Wohnung** v. d. Holstent. Ang. u. **N P** a. d. Exped. d. Bl. (5835

Ges. zum 1. April eine hübsche **2- oder 3-Stuben-Wohnung** von jg. Leuten ohne Kinder, am liebst. in d. Nähe Untertrave. Ang. mit Pr. u. **S K** a. d. Exp. d. Bl. (5505

Fast neue Nähmaschine
billig zu verkaufen. (5823
Böttcherstr. 13.

Zu verk. **grüner Kinderwagen** mit Gummireifen u. **ein Babykorb.**
5827) Wakenitzmauer 9a, p. l.

Gut erhaltene **Hobelbank** zu verkaufen. Preis 18 Mark.
5814) Maiblumenstr. 2, II.

---

1 Vertiko
gutrhalten, billig zu verkaufen.
5808) Friedenstraße 12.

---

1 schwarzbeiern. Schulränzel
zu verk. (5819 Fackenstr. 57, II.

Ein **Krämerladen,** eine **Puppen-Sportkarre** und eine **Zither** billig zu verkaufen. (5811
Bundesstraße 89—93, II.

Z. verk. eine große Puppe
mit echtem Haar. (5813
Kommißstraße 50, II.

Billig zu verkaufen: Ein sehr guterhaltener **Kinderwagen** mit Gummireifen, Herrenpaletot, einige Tuchhosen. (5815) Reiferstr. 105.

Die **Dame,** welche Sonntag den **Schirm** von der Garderobe aus Versehen mitgenommen, wird gebeten, denselben in der Flora wieder abzugeben, da die Dame erkannt ist und sonst Anzeige erfolgt. (5804

Zum kommenden Weihnachtsfest
empfehle (5824
Lauschen Kuchensirup, sowie alle **Zutaten z. Kuchenbäckerei,**
ferner
Hasel- und Walnüsse, braune Kuchen, braune und weiße Pfeffernüsse von der Lübecker Genossenschaftsbäckerei, auch bestes **Diamant-Weizenmehl usw.**

J. Kock,
Steinrader Weg 32.

W. Klüßendorf, Lübeck, Hüxstr. 116.
Klempnerei u. Installation. Reparaturwerkstatt. Fernr. 1159.
Neu eingetroffen: Reizende Sachen in **Gaskronen, Ampeln, Pendeln, Kristall- u. Perlbehängen, Gaskochern, Bratöfen,** alle Arten **Petroleumlampen, Bierschrankfäulen, Weinkühlern, Speisenschränken, Grog- u. Wurstkesseln, Blech- u. Lackierwaren, Glassachen, Glühstrümpfen u. Ersatzteilen** zu allen Arten **Lampen** stets vorrätig in großer Ausmahl.
5818) Rote Rabattmarken oder 4 % in bar.

Sämtliche Weine und Spirituosen
kauft man anerkannt preiswert und gut bei
Albert Koch, **Obertrave 10** Fernruf 419.
5834) **Rote Lubeca-Marken oder 4 % in bar.**

5526) Empfehle:
ff. Senf-Heringe . . . Stück **10 ₰**
ff. Bismark-Heringe . Stück **10 ₰**
ff. Brat-Heringe . . 3 Stück **25 ₰**
ff. Marinierte Heringe
ff. Heringe in Gelee
ff. Salz-Heringe
ff. Große Rollmops . Stück **10 ₰**
Echt Kräuter-Anchovis Pfd. **50 ₰**
Ia. Thür. Salzgurken 2 Stck. **15 ₰**
Helvetia-Senfgurken . Pfd. **60 ₰**
Große Zuaimer Gewürzgurken in Weinessig eingemacht
Stück **6 ₰,** Pfund nur **30 ₰**
Ia. Kronsbeeren . . . Pfd. **50 ₰**
Ia. rote Beete, Mix Picles Pfd. **60 ₰**

Ernst Voss
Große Burgstraße 59.

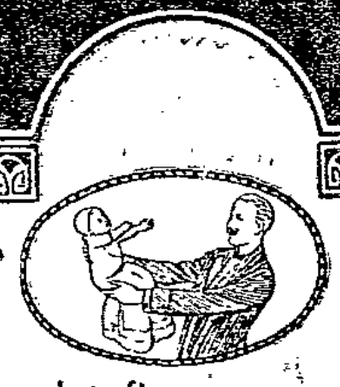
Damenfrisiersalon Johannisstraße 47, gegenüber dem Gewerkschaftshaus.
5806) Frisur 60 Pfg.

Zu verkaufen:
1 guterhalt. Ausstellschild.
5823) An der Mauer 155.

Gold- und Silberwaren
als: **Uhrketten** für Damen und Herren, **Ringe, Broschen, Ohrringe, Armbänder, Brust- u. Manschetten-Knöpfe, Halsketten, Medaillons etc. „Bestecksachen"** empfiehlt zu passenden Festgeschenken. (5816
Adolf Hübner, Uhrmacher u. Goldarbeiter
Fünfhausen 13.

Präparierte
weite Därme
Kranzdärme, sowie sämtliche Artikel zur **Hausschlachterei** hält **en gros** und **en detail** bestens
5833) empfohlen.
Neue Zwiebein
Sack **2.50** Mk.
Ludw. Hartwig
Obertrave 8.

Kinder-Erstlings-Wäsche



kauft man am vorteilhaftesten bei
Gebrüder Hefti
Lübeck
Untertrave 111/112
bei der Holstenstr.
(4575

Ein noch gutes Fahrrad
für 20 Mark zu verkaufen.
5800) Ludwigstraße 27, part.

---

100 Taschen-Uhren
neue, getragene u. versetzt gewesene
sind billig zu verkaufen. (5803
Marktwiete 2, b. d. Post.